

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 203 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Sonntag Montag, 2. 3. Sept. 1934 Chefredakteur: M. Braun

Deutscher Staatsbankrott in Sicht!

Die Antwort der Weltmeinung auf die Drohrede des Reichsbankrotteurs Dr. Schacht

Von Ehrenbreitstein nach Genf

Die französische Regierung antwortet auf die inhaltlose Phrasenrede des „Führers“ mit konkreten Sicherungsforderungen an den Völkerbund Gold und Garantien sind notwendig

Paris, 1. September.

Der Völkerbund wird sich in seiner am 10. September beginnenden Tagung neben dem Antrag Rußlands auf Eintritt in den Völkerbund vor allem mit der Saarfrage beschäftigen. In vier Monaten am 18. Januar soll die Entscheidung über das politische und wirtschaftliche Schicksal des Saargebietes durch eine Volksabstimmung fallen.

Die Saarfrage ist kein deutsch-französisches Problem, sondern ein Völkerbundsproblem. Immer wieder ist Frankreich mit Erfolg den Bemühungen der Diktatur Hitler auszuweichen, das Saargebiet zu einer territorialen Streit- und Ausgleichsfrage zwischen Deutschland und Frankreich werden zu lassen. Frankreich verweigert alle Entscheidungen über den Abstimmungskampf, das Plebiszit selbst und seine Folgen an die nach dem Friedensvertrag allein zuständige Stelle, den Völkerbund.

In diesem Sinne ist auch eine Denkschrift gehalten, die der französische Ministerpräsident am Freitag zur Vorlage für den Völkerbund beschloß. Diese Denkschrift läßt aber, soweit ihr Inhalt bisher bekannt wird, auch erkennen, daß Frankreich nicht gewillt ist, seine eigenen Interessen gegenüber dem Befehlshaber der Herren Hitler, Schacht u. Co. zurückzustellen und ebenso wenig übersteht Frankreich, daß während des Abstimmungskampfes und nachher hochpolitische europäische Fragen aus dem Saarproblem erwachsen werden. Der „Excelsior“ schreibt,

daß Frankreich zugleich sein Recht und das Selbstbestimmungsrecht der Saarbevölkerung wahren wolle. Das Blatt zählt die zu regelnden einzelnen Fragen wie folgt auf: 1. Das Schicksal der 15 000 französischen Staatsangehörigen und der Schutz ihrer Person und ihres Eigentums, 2. die künftige Stellung der Saargruben, 3. die künftigen französisch-saarländischen Handelsbeziehungen, eine wichtige Frage, wenn man bedenkt, daß die Saar der vierthöchste Abnehmer des französischen Auenhandels sei, 4. Eintreibung des 1200 bis 1500 Millionen Goldfranken, die im Falle einer Rückgliederung zu Deutschland in unkonvertierbare Papiermark nicht umgewandelt werden dürften. Hoffentlich lenke die französische Denkschrift die Aufmerksamkeit des

Völkerbundes auch auf die Bedeutung der Entscheidung hinsichtlich des künftigen Militärstatus im Saargebiet hin, das strategisch von erster Wichtigkeit sei. Jede Vernachlässigung in dieser Hinsicht könne ernste Rückwirkungen auf die Wahrung des Friedens haben. Auch sei Frankreich an der Vollzeitarbeit interessiert, da gegenwärtig noch ein früherer Ratsbeschluss gelte, daß die Regierungskommission in dringenden Fällen zur Wiederherstellung der Ordnung französische Truppen beanspruchen dürfe. Außerdem sei die Frage der Behandlung der Kinderarbeit und der für sie zu findenden Sicherheitsgarantien zu behandeln, denn sonst würde wohl die Gefahr bestehen, daß die arbeitende Bevölkerung auf die Nachbargebiete Ruhe und dort das Elend der Flüchtlinge und Arbeitslosigkeit teilen.

Die französische Denkschrift wirft auch eine Frage auf, die für die Abstimmungsbewegung von entscheidender Bedeutung sein wird. Es ist bekannt, daß sowohl die Sozialdemokratie, die Kommunisten und die oppositionellen Katholiken im Saargebiet am 18. Januar keine endgültige, sondern nur provisorische Entscheidung über das politische Schicksal des Saargebietes zu treffen wünschen.

Wenn in Deutschland also an Stelle einer barbarischen Tyrannei irgendeine Verfassung mit der Gleichberechtigung aller Volksgenossen wieder kommen sollte, muß für das Saargebiet die Möglichkeit einer neuen Abstimmung gegeben werden, die im Versailler Vertrag zwar nicht vorgesehen, aber auch nicht ausgeschlossen ist.

Nicht minder wichtig ist, daß der Völkerbund jetzt schon erkennen läßt, welches Mißverhältnis die Saarbevölkerung erhalten wird, wenn das Saargebiet durch die Abstimmung für den Status quo einstweilen Völkerbundsland bleibt.

Wenn richtig ist, wie behauptet wird, daß in der französischen Saardenschrift auch auf die Dringlichkeit hingewiesen wird, eine absolut gerechte und freie Durchführung der Abstimmung zu sichern, und Maßnahmen zu ergreifen, um die Saar „vor einem Handreich zu schützen“, so würde Frankreich mit dieser Forderung dem Völkerbund einen Weg weisen, der zur Sicherung des Friedens unbedingt gegangen werden muß.

Und sie bewegt sich doch!

In Deutschland illegal gedrucktes sozialdemokratisches Flugblatt

Trotz Terror gewinnt die illegale Bewegung in Deutschland ständig an Boden. Vor uns liegt ein Flugblatt, das uns aus Deutschland gefandt wurde, und das in Deutschland gedruckt worden ist. Es trägt den Titel: „Das Geheimnis um den Reichstagsbrand!“ und enthält Auszüge aus dem in der „Deutschen Freiheit“ erschienenen Brief des SA-Mannes Kruse an Hindenburg. Außerdem trägt es folgenden Zusatz:

„Deutsches Volk! So sieht Deine Regierung in Wirklichkeit aus. Erinnere Dich daran, daß diese Regierung in den Tagen nach dem Reichstagsbrand die Tat als das größte Verbrechen am deutschen Volke gebrandmarkt hat. Dieses größte Verbrechen wurde von der heutigen Regierung in Szene gesetzt, um mit dieser Propaganda an die Macht zu kommen. Darum will keine Regierung mehr mit diesen Leuten verhandeln, weil die ganze Welt die Verbrechen und die moralischen Schwächen dieser Menschen kennt. Es ist genug der Lüge und Verdröhung über uns gekommen, seit diese „Führer“ regieren. Deshalb jetzt mutig an der Selbstbefreiung gearbeitet. Mit dem Stimmzettel muß am 18. August jeder anständige Deutsche, jeder aufrechte, freiheitsliebende Mensch durch sein „Nein“ mithelfen, und von diesen Leuten zu befreien.“

Wenn jeder seine Pflicht tut und mit Nein stimmt, hat das deutsche Volk wieder Gerechtigkeit und Freiheit.“

Von anderer Seite wurde uns berichtet, daß dieses von Sozialdemokraten verbreitete Flugblatt bei der Wahl starke Wirkung ausgeübt hat.

Heldenbutter und anderes

Die neue Verordnung über den „Austausch der Arbeitsplätze“

Goeben verhandelt der Staatssekretär Reinhard vom Reichsfinanzministerium den Beginn der Arbeitslosigkeit des Herbstes. Das deutsche Volk hört in seiner großen Wehrheit mit Staunen zu, daß eine große Reklame-Aktion trotz ihres Misserfolges wieder aufgenommen werden soll. Die „Arbeitslosigkeit“ des Frühjahrs hat, außer der Beschäftigung von Arbeitern in gänzlich unproduktiven Unternehmungen, die erwartete und versprochene Erleichterung vom Druck der Arbeitslosigkeit nicht gebracht. Dafür aber Senkung der Löhne, Abbau der Unterhaltungen und des Sozialrechtes — vor allem aber eine Fülle von Schwierigkeiten bei der Versorgung der breiten Massen.

Die Katastrophe rückt näher. Man sucht ihr mit Maßnahmen zu begegnen, die lebhaft an die Kriegswirtschaft erinnern. Täglich sind neue Verordnungen da, mit Verbilligungsaktionen, Sparvorschlüssen samt zugehörigen Ausschüssen. Genau wie in den letzten Kriegsjahren sind die Zeitungen voll von guten Ratschlägen und Empfehlungen, daß das noch Vorhandene und Erschwingliche im Grunde besonders befruchtlich sei. Dem Laien werden, wir zweifeln nicht daran, bald von deutschen Ärzten unterstützt werden, deren Hungerrezepte während des Krieges noch unvergessen sind.

Die Obstern ist in diesem Jahre besonders reichlich ausgefallen. Jetzt teilt das „Stabsamt“ des Reichsbauernführers einen Plan mit, monachfabrikatorisch hergestellte Obstmarmelade verbilligt und der bedürftige Teil des Volkes zusätzlich zu der verbilligten Versorgung mit Fett mit verbilligter Obstmarmelade beliefert werden soll. Beim Zucker soll die Verbilligung beginnen. Deshalb hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die wirtschaftliche Vereinfachung der Zuckerindustrie veranlaßt, von den ihr angeschlossenen Betrieben je Zentner Grundkontingent eine Umlage von 8 Pfg. zu

Hitler-Deutschland = Hunger-Deutschland

Der „Führer“ zur Unterernährung

Das vom Landeshauptmann der Provinz Westfalen, der einen großen Teil des westdeutschen Industriegebietes umschließt, herausgegebene amtliche Mitteilungsblatt „Westfälische Volksführer“ enthält in seiner soeben erschienenen Nummer einen aufsehenerregenden Bericht über den schlechten Gesundheitszustand der Schulkinder. Die von den Gemeindevorständen hierzu gemeldeten Zahlen sind so alarmierend, daß es offenbar sogar den Zensoren des Herrn Dr. Goebbels den Atem verschlagen hat und sie den die vertrauensregenden Folgen des Faschismus entlarvenden Bericht passieren ließen. Danach sind in dem Industrieort Datteln von 3000 vorhandenen Schulkindern 23,4 Prozent unterernährt, gegen nur 9,3 Prozent in den Jahren vor der Hitlerdiktatur.

Von den Schulkindern in der Industriestadt Schwerte sind in den unteren Klassen 42,6 Prozent der Knaben und 24,1 Prozent der Mädchen unterernährt, von den Knaben im höchsten Schuljahr 21,9 Prozent, von den Mädchen 10,9 Prozent; von den Knaben des 8. Schuljahres 18,8 Prozent, von den Mädchen 10,8 Prozent.

Der naziamtliche Bericht muß selbst feststellen, daß erst die letzten Jahre die Einwirkungen des Nahrungsmangels gebracht haben.

In der Großstadt Dortmund stieg der Prozentsatz der schlechtesternährten Schulkinder von 1933 bis 1934, also unter der Herrschaft Hitlers, von 15 Prozent auf 17,6 Prozent, der völlig unterernährten Kinder von 1,9 auf 3,3 Prozent. Der völlige unterernährten Kinder von 1,9 auf 3,3 Prozent. Bezeichnend sind auch die erhöhten Ziffern über die Tuberkulose-Infektionen. Sie sind in Dortmund von 1933 bis 1934 von 8 Prozent auf 12,4 Prozent gestiegen, in der ge-

nannten Gemeinde Datteln von 5,4 Prozent auf 11,7 Prozent. Der Nazibericht muß selbst zugeben, „daß auch die Tuberkuloseerkrankung steigt und weit über dem Durchschnitt liegt. Sie beruht nur darauf, daß ein großer Teil der Bevölkerung nicht in der Lage ist, sich fett- und eiweißhaltige Nahrung in ausreichender Menge zu beschaffen.“

Noch schlimmer liegen die Verhältnisse in den Städten Wanne und Wattenscheid sowie in Bochum-Üdvel. Dort wurden 69 Prozent der Mädchen und 64 Prozent der Knaben als unterernährt festgestellt. Ein aus Westfalen beschicktes Kinder-Zeitungchen an der Nordsee meldet 60 Prozent aller Knaben und 50 Prozent aller Mädchen als unterernährt. Endlich verzeichnet der Bericht eine zunehmende Erkrankungsgelährdung der Kinder, vor allem die zunehmende Ausbreitung hartnäckiger Diphtherie-Epidemien in mehreren großen Bezirken des westfälischen Industriegebietes. Diese Ausbreitung der Seuchen wird auf die steigende Unterernährung der Kinder zurückgeführt.

Die „herrlichen Zeiten“, in die der „Führer“ das deutsche Volk führt, machen sich fühlbar. Es ist zu beachten, daß eine amtliche Stelle festhalten muß, welche steigende Kindererkrankung das glorreiche „dritte Reich“ zeitigt. In Nürnberg wird man davon nicht reden. Aber man wird einige Millionen Mark verknopsen, um Hitler zu glorifizieren, um Kaufmännische abzuhaken, um Feuerwerk loszubrennen. Es gibt Deutsche im Kindes- und Erwachsenenalter, denen der Magen knurrt? Sie mögen Ähren essen, Heil und Hurra schreiben und damit beweisen, daß sie gute Deutsche sind. Dann wird der „Führer“ ihnen versichern, darin eben liege das „Große“ der Zeit. . .

erheben. Man hofft, auf diese Weise das Pfund Obst um nahezu 8 Pf. verbilligen zu können. Dieses Obstmasse, das aus reinem Obst und Zucker bestehen soll, wird unter der Bezeichnung „Obstmasse“ in Eineinhalb- und Ein-Kilo-Dosen in einheitlicher Verpackung beim Einzelhändler zu haben sein, um es auch in kleineren Mengen in die Volkskreise mit geringerer Kaufkraft zu bringen.

Das sieht nach etwas aus. In Wahrheit handelt es sich nur um eine zweckmäßige Verwendung der Obstmassen, die zur Marmeladebeschäftigung angefertigt werden sollen. Aber mit Obst und Marmelade kann man nicht kochen. Die Halbenbutter, wie man dereinst die Kriegsmarmelade nannte, ersetzt nicht die fehlende billige Margarine.

Der Fettmangel bedroht das deutsche Volk bereits mit Seifenmangel. Soeben wird im „Reichsanzeiger“ vom Reichsbeauftragten für industrielle Fettversorgung die Seifenherstellung der Genehmigungsstelle unterstellt. Danach bedürfen alle im Zollinland befindlichen Unternehmungen, die gewerbmäßig im Haupt- und Nebenbetrieb Seifen, Seifenpulver und andere fetthaltige Waschlösungen herstellen, der Genehmigung der Ueberwachungsstelle für industrielle Fettversorgung, um Öle und Fette inländischer oder ausländischer Herkunft zu Seifen, Seifenpulver und anderen fetthaltigen Waschlösungen verarbeiten zu können. Es gab während des Krieges zahlreiche solcher Versuche, die Fett- und Seifenversorgung sicherzustellen. Sie gelang nicht — wegen des Mangels an Rohstoffen und der Unzulänglichkeit des Erlasses.

Ersatz: das ist die Parole des Tages. Ein Konsortium der chemischen Industrie beschäftigt sich mit Versuchen, ein künstliches Seidenprodukt aus Soda zu gewinnen. Ein dem tausend Meter 0,11—0,17 Gramm wiegen. Ein zweites Produkt ist aus dieser Kunstseide durch Vermischung mit Wolle hergestellt worden. Drittens sind Versuche gemacht worden, künstliche Wolle zu produzieren. Auch eine Ueberwachungsstelle für Tabak, unheilvoll die deutschen Raucher mit dem gefährdeten Ersatz bedrohend, ist schon da. Das Reichswirtschaftsministerium teilt mit, daß für Regelung und Ueberwachung des Verkehrs mit Tabak und Tabakerzeugnissen auf Grund des Gesetzes über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten vom 22. März eine Ueberwachungsstelle für Tabak mit dem Sitz in Bremen errichtet wurde. Um den Aufbau der Stelle zu sichern, ist für die Zeit bis zur Aufnahme ihrer Tätigkeit der Einkauf von ausländischem Tabak und ausländischen Tabakerzeugnissen insoweit verboten worden, als aus dem Geschäft Verpflichtungen entstehen, deren Erfüllung nach den devisenrechtlichen Vorschriften einer Genehmigung der Devisenstellen bedarf.

Die reichsdeutschen Raucher sind bereits von einer Panikstimmung erfaßt. Sie beginnen sich einzudecken, besonders die Weiteren, die den Geruch des Buchenlaubes aus der Kriegszeit noch in der Nase haben . . .

Die weitenscheidende Maßregel zur Behebung der deutschen Wirtschaftsnot aber liegt auf anderem Gebiet. Es ist eine einschneidende Verordnung über den „Austausch der Arbeitsplätze“, die tief in die Betriebe und ihre gegenwärtige Organisation eingreift. Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat unter dem 18. August eine Verordnung erlassen, die „der altersmäßigen Gliederung der in den Betrieben und Verwaltungen Beschäftigten unter Berücksichtigung betriebstechnischer und wirtschaftlicher Erfordernisse so gestaltet soll, daß sie den staatspolitischen Erfordernissen nach bevorzugter Beschäftigung arbeitsloser älterer Arbeiter und Angehöriger, insbesondere kinderreicher Familienväter, Rechnung trägt“.

Die Verordnung trifft alle privaten und öffentlichen Betriebe und Verwaltungen, die Arbeiter und Angestellte beschäftigen, mit Ausnahme der Land-, Forst- und Hauswirtschaft und der Schiffe der See-, Binnen- und Luftschifffahrt.

„Die Führer der Betriebe und Verwaltungen sind verpflichtet, bis zum 1. Oktober 1934 dem zuständigen Arbeitsamt zu melden, wieviel Arbeiter und Angestellte über und unter 25 Jahren bei ihnen tätig sind und in welchem Umfang und Zeitraum die Auswechslung längerer mit älteren Arbeitsträften vorgenommen werden soll. Zu dem Personenkreis der jüngeren Arbeiter und Angestellten, die von einem solchen Austausch auszunehmen sind, gehören verheiratete Männer, Unterhaltspflichtige, Lehrlinge, ehemalige Wehrmachtangehörige, „alte Kämpfer“ der Wehrverbände und der R. E. D. A. V., ferner Personen, die im Arbeitsdienst oder in der Landhilfe mindestens ein Jahr tätig gewesen sind.“

Aber die Verordnung geht noch weiter. Abgesehen von diesem Arbeitsplatzaustausch dürfen in Zukunft Personen unter 25 Jahren nur noch mit Zustimmung der Arbeitsämter in den von der Anordnung betroffenen Betrieben und Verwaltungen neu eingestellt werden. Nach welchen Grundsätzen diese Neueinstellung erfolgen soll, ist nicht schwer zu erraten. Zu allem Ueberflus wird darüber noch ausgeführt:

„Bei der Anforderung von Arbeitskräften unter 25 Jahren hat der Führer des Betriebes verantwortlich zu prüfen und darzulegen, daß dies den Notwendigkeiten des Betriebes und den staatspolitischen Erfordernissen entspricht. Zu bevorzugter Vermittlung ist hierbei im wesentlichen der gleiche Personenkreis zugelassen, der auch von einem Arbeitsplatzaustausch ausgenommen ist, das heißt jene Personengruppe, die sich im nationalsozialistischen Staat besonders verdient gemacht haben. Für ältere Angestellte über 40 Jahre, die nach längerer Arbeitslosigkeit infolge Austausch eingestellt werden, können zum Ausgleich von Minderleistungen Leistungszuschüsse bis zur Höhe von 50 RM. und Kinderzulagen aus Mitteln der Reichsanstalt gewährt werden, wenn die Neueinstellung in den letzten drei Jahren vor der Einstellung länger als zwei Jahre Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten haben.“

Diese Verfügung bedroht Hunderttausende von älteren deutschen Arbeitern mit Arbeitslosigkeit — vor allem diejenigen, die

offenbar durch gutes Zureden bis zur Stunde nicht gleichgültig waren. Sie sollen durch „alte Kämpfer“ ersetzt werden. Freilich: die Unternehmer haben einen gewissen Schrecken vor ihnen. Es wird nämlich gleichzeitig verfügt, daß

„auch die betriebstechnischen und wirtschaftlichen Forderungen des Betriebes berücksichtigt werden müssen. Das gilt insbesondere für jene Fälle, wo die Weiterexistenz eines Betriebes oder seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber der ausländischen Konkurrenz durch einen zu weitgehenden Austausch der Arbeitsplätze in Frage gestellt wäre.“

Hier zeigen sich die Schwierigkeiten des „dritten Reichs“ an einem eklatanten Beispiel. Es schwankt zwischen dem Willen, sich in den Betrieben fester in den Sattel zu setzen, und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die mit den Wünschen der „alten Kämpfer“ keineswegs konform gehen. Aber alle Verordnungen sind nur geeignet, die Ohnmacht der braunen Nachhaher zu offenbaren und zu zeigen, welchen Stümpfern das deutsche Volk in seiner Not ausgeliefert ist.

Weitere Zuzugsverbote

Überall Sorge vor der Hochflut von Erwerbslosen

Berlin, 1. Sept. Aus Hamburg wurde bereits berichtet, daß für Hamburg die Verbannung einer Zuzugsperre zu erwarten sei, wie sie für Berlin bereits seit Mitte Mai besteht. Diese Ankündigung hat sich nunmehr bestätigt. Die Anwendung dieser im Gesetz zur Regelung des Arbeitsdienstes vorgesehene Maßnahme beschränkt sich aber nicht auf Hamburg allein, sondern gilt, wie sich aus der Veröffentlichung zweier Anordnungen des Präsidenten der Reichsanstalt im „Reichsanzeiger“ ergibt, auch für Bremen, sowie außerdem für folgende Städte: Altona, Wandsbek, Harburg-Wilhelmsburg, Teufendorf, Nordenham (Oldenburg) und Wismar sowie für eine Anzahl kleinerer Orte in der Nachbarschaft der im Bremer Gebiet liegenden Plätze.

Wie anno 17

Sammelt Kräuter und Wurzeln

Meimar, 1. September. Der thüringische Volksbildungsminister Wächter weist in einem Erlass darauf hin, daß dem Bestreben, der Volkswirtschaft soweit wie möglich heimische Stoffe zuzuführen und gleichzeitig auch die Not der Bevölkerung — vor allem der Bewohner des Thüringer Waldes — zu lindern, u. a. auch die Pflege des Anbaues und Sammelns von Heil- und Gewürzkräutern dienen müsse.

Deutsche Lehrer unter Terror

Der Verband Deutscher Lehrer-Emigranten legt allen Freunden und Gleichgesinnten eine umfangreiche Denkschrift vor. Sie enthält wichtiges Material über die pädagogische Bewegung im „dritten Reich“, über die Zerschlagung der Arbeitervereine und den Terror gegen sozialistische Lehrer. Wir entnehmen der Denkschrift über die Verfolgung und Mißhandlung mißliebiger Lehrpersonen:

Darmstadt: Kossar, Lehrer, Vorsitzender des Reichsbanners, wurde am Tage der „Nationalen Erhebung“ gezwungen, die Dakentenzahl durch die Stadt zu tragen. In gewissen Abständen wurde er aufgefordert, „Heil Hitler“ zu rufen. Bei jeder Verletzung schlug man ihm den Gummiknüppel über den Kopf. Er wurde in das Irrenhaus eingeliefert.

Harburg: Rudolf, Gewerbeschützer, wurden die Zähne eingeschlagen, weil er nicht „Heil Hitler“ rufen wollte. Unmittelbar danach wurde er telefonisch ohne Pension entlassen.

Braunschweig: Schmidt, Gustav, Lehrer, Mitglied der K. V. D., wurde mit 9 anderen Kommunisten von einem SA-Kommando am 4. Juli 1933 in Kleiberg bei Braunschweig erschossen, weil ein/eine SA-Mann von einem unbekannten Täter erschossen worden war. Das unter den zehn Ermordeten auch nur der wahrcheinliche Täter sei, ist nicht einmal von den Nationalsozialisten behauptet worden.

Reddermeier, Schöningen, Rektor, Kriegsberichter, Leiter der „Kinderfreunde“-Bewegung im Lande Braunschweig, wurde im März 1933 während des Unterrichtes im Beisein der Kinder überfallen, blutig geschlagen und eine hohe Steintrappe hinuntergeworfen. Dann wurde auf ihm herumgetrampelt, bis er bewusstlos war. Wochenlanges Krankenlager war die Folge. Noch nicht wieder genesen, wurde er in eine verächtliche SA-Kaserne in Braunschweig geschleppt, auf seine neue unbeschreiblich mißhandelt und gezwungen, ein „freiwilliges“ Entlassungsgesuch zu unterschreiben.

Schulz, Julius, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter, Lehrer, wurde von einer mit Reitpistolen bewaffneten SA-Hande, die nachts in seine Wohnung drang, gezwungen, „freiwillig“ sein Mandat niederzulegen.

Stevens, Hans, Lehrer, Kultusminister a. D., wurde wochenlang von der SA gefoltert. Mehrfach drangen Kommandos nachts in das Schlafzimmer der hochbetagten Mutter. Stevens verließ Braunschweig.

Sedermann, Hans, Lehrer, technischer Leiter des Reichsbanners, wurde wochenlang ohne Urteilspruch im Landesgefängnis zu Wolfenbüttel gefangen gehalten.

Riese, Runo, Lehrer, Kreisdirektor a. D., floh aus Braunschweig, weil in seiner Wohnung häufig Ueberfälle auf ihn erfolgten.

Edler, Heinz, Lehrer, wurde in Blankenburg (Harz) grausam mißhandelt, weil er nicht „Heil Hitler“ rufen wollte.

Seiger, Robert, Lehrer, Kreisbeschädigter, wird seit Januar 1933 bis heute gefangen gehalten, ohne daß Anklage oder auch nur eine Verschuldigung gegen ihn erhoben worden wäre. Er war Mitglied der K. V. D.

Winkewitz, Bernhard, Lehrer, im August 1933 verhaftet, schwer mißhandelt und zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, weil er „nach eigenem Gehörnis“ eine verbotene Zeitung angenommen haben soll.

Mehrere Braunschweiger Lehrer entgingen mit knapper Not der Verhaftung durch die SA, und sind aus Braunschweig geflohen. Sie sind in der obigen Aufzählung nicht enthalten.

Entlassungen

„Da dieser Staat ein christlicher ist . . .“

Die Gesamtzahl der von der Hitlerregierung aus politischen oder weltlichen Gründen gemahregelten Volks-

„Deutscher Wald“ Flane Messe in Leipzig

Leipzig, 31. August.

Die große sächsische Stadt bietet bei der diesmaligen Messe kein außergewöhnlich belebtes Bild. Die Tage kommen kaum voll an. Im Gegensatz zu vergangenen Messeseiten kann man in den Hotels Zimmer, so viel man will, haben und auch in den Restaurants findet man beliebige viel Platz. Die Zahl der Aussteller ist ziemlich beträchtlich, denn das Reich hat auf die Fabrikanten und Kaufleute einen gewissen Druck ausgeübt, damit sie Stände beziehen. Im Gegensatz dazu ist die Besucherzahl nicht sehr groß und die ausländischen Käufer sind äußerst gering. Man sieht einige Japaner, Türken und Holländer. In dem großen Nebengebäude sind aber ganze Etagen leer.

Die Besucher werden durch große Schilder daran erinnert, daß sie in Hitlerdeutschland sind, denn es heißt auf diesen Transparenten: „Hier grüßt man mit dem deutschen Gruß: Heil Hitler!“

Auf den Textilständen fehlen zahlreiche Baumwollstoffe; die Kaufleute können Ordres auf diese Stoffe nur unter Vorbehalt annehmen, da es noch nicht sicher ist, ob sie herinkommen. Im Gegensatz dazu, oder vielmehr als Folge davon sind die Preise bis zu 25 Prozent erhöht.

Eine Frage beherrscht die diesjährige Leipziger Messe. Das ist die Frage der „Erfahrung“, ihrer Preisgestaltung und ihrer Aufnahme beim „Bistraf“-Naden. Deutschland wird sich mehr und mehr mit dem „Bistraf“-Naden befreunden müssen. Aus Zellstoff wird die wertvollste Stapelfaser gewonnen und aus dieser Faser fabriziert die J. O. Farben-WG. den glanzvollen und geschmeidigen Bistrafaden, der außergewöhnlich leicht ist und mit Naturbaumwolle zusammengesponnen und gewebt wird. Leider wird der Bistrafaden recht teuer sein. Die deutsche chemische Industrie will den Bistrafaden auch mit Wolle mischen und dieses Gemisch wird „Wolltra“ benannt und mit Naturleide gemischt heißt es „Elektra“.

Auch der Humor kommt trotz des Ernstes dieser „Erfahrung“ nicht zu kurz. Diese Erfahrungsmittel heißen im Volksmunde „Deutscher Wald“ und sie stammen so auch tatsächlich von den Birken aus den garantiert germanischen und nordischen Wäldern.

Da die anfrallschen und anderen Volkserzählungen sich weigern, mit Hitlerdeutschland Gesäfte zu machen, so wird man auch hier zum Ertrag greifen und ein Gewebe aus Wolle, Flax und aus Lumpen gewonnenen Erfahrungsmitteln herstellen. All das aber löst den Fabrikanten nicht viel Vertrauen ein, denn dazu sind kostspielige Maschineneinrichtungen notwendig. Und die Fabrikanten meinen, daß künftig Stoffe, die aus Deutschland kommen, vom Auslande mehrtraulich als „Erfahrung“ angesehen würden.

Die chemische Industrie hofft die Preise für diesen Ertrag noch ermäßigen zu können, indem sie eigentlich die Arbeiter dieser Erfahrungsmittel bezahlt. Denn zur Herstellung dieser Waren sollen Arbeitslose herangezogen werden, deren Beiträge von denen der übrigen Arbeiter etwas verschieden sein werden.

Schullehrer beträgt nach unserer Schätzung etwa 3000. Die Entlassungsbestimmungen wurden sehr willkürlich gehandhabt. Es gibt Großstädte, in denen nur vereinzelt Entlassungen vorgenommen wurden. In anderen wurden die Kollegen in Scharen entlassen. So sind in München bisher 16 Entlassungen ausgesprochen, in dem ungleich kleineren Nürnberg (Julius Streichers Residenz) 182! In Hamburg wurden nur einige Kollegen entlassen, in dem bei weitem nicht so volkreichen Pöndchen Frankfurt a. M. 64! Dabei waren dort schon Öktern 1931 nicht weniger als 26 disziplinarische Entlassungen von dem sächsischen Minister befohlen worden!

Die gleiche Willkür ist bei der Begründung der Entlassungen und der Regelung der Pensionsansprüche zu beobachten. Auch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums hat keinerlei tragfähigen Rechtsboden gebildet, da niemand es ohne schwerste Gefährdung seines Lebens und seiner Gesundheit wagen darf, gegen diesen Staat etwa die Gerichte anzurufen. So ist der tatsächliche Rechtsboden eines Kollegen im heutigen Deutschland im Wirklichkeitsbereich, als man aus den geschriebenen Gesetzen ableiten kann.

Als Kuriosum sei erwähnt, daß z. B. die Entlassungsurkunde einiger disziplinarischer Kollegen im Reuteringebiet Pöndburg mit den Worten beginnt: „Da dieser Staat ein christlicher ist . . .“

Die Hitlerjuden

Eine einzigartige Kuriosität

Berlin, 19. Aug. Der Verband nationaldeutscher Juden hat anlässlich des „Pöndburg“ folgenden Aufruf verbreitet: Die Mitglieder des im Jahre 1921 gegründeten Verbandes nationaldeutscher Juden haben Keil im Rieck und im Frieden das Wohl des deutschen Volkes und Vaterlandes, mit dem wir uns unauflöslich verbunden fühlen, über unser eigenes Wohl gestellt. Deshalb haben wir die nationale Erhebung vom Januar 1933 begrüßt, trotzdem sie gegen uns selbst Härten brachte (1), denn wir sehen in ihr das einzige Mittel, den in vierzehn Unglücksjahren von undenklichen (2) Elementen anverachteten Schaden zu beseitigen. Wir befinden uns in voller Uebereinstimmung mit dem politischen Vermächtnis des ehrwürdigen Reichspräsidenten und Schlachtenhelden Hindenburg, der die Taten des Reichsführers Adolf Hitler und seine Bewegung einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite nennt und gleichartig anspricht, daß viel noch zu tun bleibt und daß dem Akt der nationalen Erhebung und des völkischen Zusammenstufes ein Akt der Versöhnung folgen muß, der das ganze deutsche Volk umfaßt. Dem deutschen Vaterland gehört mit Leib und Seele auch derjenige Teil der deutschen Juden an, der kein anderes Vaterland als Deutschland kennt. Im Geiste des Vermächtnisses des vereinigten Reichspräsidenten bejahen auch wir die Vereinigung der Kemter des Reichspräsidenten und des Reichsführers. Wir fordern alle deutschführenden Juden auf, am 19. August mit Ja zu stimmen.

Es ist traurig, aber es darf nicht verschwiegen werden. Die Würdelosigkeit und Selbsterniedrigung, die das „dritte Reich“ in unendlicher Vielfalt begleitet haben, kennt kein Dokument, das seine Urheber so erniedrigt wie dies. Es fehlt nur noch, daß diese Juden sich herabhaft für Mord und Existenzvernichtung bei ihrem „Reichsführer“ bedanken.

Eine Kuriosität? Auch das. Aber in der Hauptsache ein Zeichen eklatanter Arriererei, einzig dastehend in der neueren politischen Geschichte, der schlimmste Schlag gegen das Ansehen der deutschen Juden, der sie zu treffen vermochte.

Eine Groteske

Pirro, der Führer der „deutschen Front“ an der Saar, nicht abstimmungsberechtigt

Die „Volkstimme“ erfährt, der zuständige Gemeindeausschuss habe entschieden, daß Herr Pirro, der Landesleiter der sogenannten „deutschen Front“ mit dem französischen Namen, nicht abstimmungsberechtigt ist.

Herr Pirro hat bekanntlich wiederholt verlangt, daß alle richtungsabstimmungsberechtigten Saarländer, auch wenn sie schon länger als zehn und mehr Jahre im Saargebiet tätig sind und eine politische Rolle gespielt haben, am Wahlkampf selbst nicht aktiv teilnehmen dürfen. Insbesondere verlangte Herr Pirro für diese Saareinwohner ein Rede- und Versammlungsverbot, und obendrein ihren Rücktritt aus der Führung innerhalb der Abstimmungsfronten.

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen — aber die „deutsche Front“ hat wieder einmal bewiesen, daß sich halt jeder so gut blamiert, als er kann!

Hitler wie Streicher

Berlin, 1. Sept. Der Stellvertreter des Reichsführers, Geh. Verbot durch ein Rundschreiben, das an alle Parteimitglieder verteilt wurde, in Proschen gegen Parteimitglieder Juden zu vertreten, ferner Juden zu empfehlen, Unterführungen anzunehmen der Partei dürfen von Juden nicht angenommen werden. Parteigenossen dürfen sich öffentlich in Gesellschaft von Juden nicht zeigen...

Wird Ley entmannt?

Eine kitzliche Frage

Bei der Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses sind Zweifel aufgetaucht, ob auch die Hebammen verpflichtet seien, Anzeige zu erstatten, wenn ihnen in ihrer Berufstätigkeit erbkranke oder an schwerem Alkoholismus leidende Personen bekannt werden. Der preussische Innenminister hat jetzt festgestellt, daß auch die Hebammen nach Sinn und Zweck des Gesetzes anzeigespflichtig sind.

Eine Ente?

Mussolini an die Sozialisten?

Das London, 1. Sept. „Daily Telegraph“ bringt in großer Ausdehnung einen Bericht seines Mailänder Berichters, in dem es heißt, von maßgebender sozialistischer Seite verlautete, Mussolini plane eine der fähigsten Lateiner Innenpolitik. Er sei an mehrere hervorragende Mitglieder der von ihm unterdrückten Sozialistischen Partei hergetreten mit dem Vorschlag, sie sollten sich ihm anschließen und einen neuen „sozialistischen Flügel der Faschistenpartei“ bilden. Sie würden dafür hervorragende Posten in der Partei, besonders in den Behörden, erhalten, die die Arbeiterfragen kontrollierten. Einer von den betreffenden Sozialisten sei der ehemalige Bürgermeister von Mailand Cald. Eine endgültige Antwort sei noch nicht erfolgt.

Das Neueste

Der „Temps“ befaßt sich mit dem bevorstehenden Eintritt Rußlands in den Völkerbund, mit dem das Blatt als mit einer leuchtenden Zukunft rechnet. Anlässlich der Eröffnung der Telefonverbindung Paris—Moskau erzählt sich der französische Außenminister in freundschaftlicher Betonung für Sowjetrußland.

Auf Einladung der schwedischen Regierung findet am 6. und 7. September in Stockholm eine Konferenz der Außenminister Norwegens, Dänemarks, Finnlands und Schwedens statt.

In Cherbourg sind am Freitag zwei größere Goldladungen aus Amerika für Pariser Banken eintrafen. An Bord des Dampfers „Bremen“ befanden sich 261 Kilogramm Gold im Werte von 2,5 Millionen Franken und an Bord der „Aricania“ 1400 Kilogramm Gold im Werte von 1,5 Millionen Dollar.

Nach einer Bekanntmachung der Streikleitung in Kennerl werden am Montag auch die Rammgarn- und die Kollardarbeiter in den Streik treten. Einige Belegschaften haben bereits am Freitag die Arbeit niedergelegt.

In Kennerl stürzte ein Anzug mit 21 Personen vom fünften Stockwerk ins Erdgeschoss, wobei fünf Personen schwer und mehrere leicht verletzt wurden.

Ein mit 200 Personen besetzter japanischer Dampfer ist auf dem Yalu gesunken. 91 Personen werden vermisst.

Wie Schleicher und Frau ermordet wurden

Erster authentischer Bericht auf Grund der polizeilichen Ermittlungen

Zwei Monate sind seit der Ermordung des General Schleicher vergangen. Bis heute ist eine völlig zureichende Schilderung des Sachverhalts nicht in der Öffentlichkeit erschienen. Wir sind in der Lage, den wirklichen, genauen Hergang zu berichten und zwar auf Grund authentischen Materials. In den ersten Stunden nach dem Mord hat nämlich die Polizei, die um diese Zeit noch nicht wußte, aber nicht wissen durfte, daß es sich um eine amtlich befohlene Niedermehlung handelte, protokollierte Zeugenerkenntnisse angestellt. Auf diesen beruht unsere Darstellung.

Berlin, den 31. August 1934.

Vor der Villa des General Schleicher fuhr am Vormittag des 30. Juni durch die Griebnitzstraße ein mit fünf männlichen Personen besetztes Privatauto vor. Die Griebnitzstraße ist eine ziemlich einsame Privatstraße, die parallel zum Griebnitzsee in durchschnittlich 100 Meter Entfernung vom Seeufer verläuft. Zwischen Straße und See liegt die Villa Schleichers. Sie ist wie alle andern Häuser an dieser Straße von Gartenland umgeben, wodurch ein beträchtlicher Abstand von Villa zu Villa entsteht. Die fünf Insassen des Autos, die etwa wie junge Offiziere in Zivil oder Studenten ausliefen, stiegen aus. Dabei ertönte das halblauter Kommando: „Pistolen raus!“

Die Aufständlinge klingelten am Gartentor der Villa Schleicher. Das Dienstmädchen öffnete. Frage: „Wohnt hier General v. Schleicher?“ Das Dienstmädchen: „Ja, hier General v. Schleicher.“ Ohne diese Frage zu beantworten, drangen die fünf Männer in die Wohnung ein. Das verwirrte und ratlose Mädchen öffnete ihnen die Tür zum Wohnzimmer.

Dort saß General Schleicher am Schreibtisch arbeitend, seine Gattin saß unweit von ihm, mit weiblicher Handarbeit beschäftigt.

An die „deutsche Front“!

Wie wollen die Reichsbankrotteure Hitler und Schacht die Saargruben gegen Gold zurückkaufen?

Der sogenannte Führer des Reichs, Herr Hitler aus Braunau am Inn, hat am Sonntag auf einer Saarkundgebung in Ehrenbreitstein gesprochen, ohne über die Saar etwas zu sagen. Er hat in seinen berühmten vierzehn Jahren soviel gegen die republikanischen Befreiungspolitiker hegen und schmähren müssen, daß er keine Zeit gefunden hat, sich jemals mit dem Saarproblem zu beschäftigen. Unseres Wissens hat er sich niemals auch nur eine Stunde an der Saar aufgehalten, obwohl er dazu, ehe er Reichskanzler wurde, die Möglichkeit gehabt hätte, wie jeder andere nicht-beamtete Politiker Deutschlands auch.

Auch als Reichskanzler hat er in der Saarfrage nichts hinzugeliefert. Seine Rede war auf diesem Gebiete die eines traffen Laien. Nicht einmal die Mühe hat er sich gemacht, von irgendeinem Saarkorrespondenten eines Reichsministeriums eine Partie über die Saarfrage in seine Rede einzuarbeiten zu lassen. So hat man denn nichts anderes gehört, als die alte Balke: Sitmmt für mich, und es wird sich alles zum Guten wenden!

Wie es sich unter Hitler wendet, erfahren wir jetzt jeden Tag durch seinen Finanzminister für Reichsbankrott, Herrn Dr. Schacht. Er hat eben erst erklärt, daß das „dritte Reich“ insolvenzfähig sei. Es könne auf Jahre hinaus, weder in fremden Devisen noch in Gold seine Schuldverpflichtungen an das Ausland erfüllen.

Diese Bankrotterklärung ist von hoher Bedeutung für das Saargebiet und den Abstimmungskampf.

In dem Saarkontrakt des Versailler Vertrages steht in Kapitel III § 36:

Bezüglich der Völkerbund die Vereinigung des ganzen Saarbedingebietes oder eines Teils mit Deutschland, so hat Deutschland die Eigentumsrechte Frankreichs an den in diesem Gebietsteil gelegenen Gruben im ganzen zu einem in Gold zahlbaren Preise zurückzukaufen.

Die ernsthaften Schätzungen über die Höhe der notwendigen Goldsumme schwanken zwischen 150 und 300 Millionen Reichsmark.

In den verruchten Zeiten „marxistischer Mikrowirtschaft“, aus denen Herr Hitler so gruselige Märchen erzählt, hätten

diese paar hundert Goldmillionen bei einem Gold- und Devisenbestand der Reichsbank von 3 Milliarden Mark auf einem Brett hingehoben werden können. Wie aber soll es jetzt werden, nachdem uns Herr Hitler den herrlichen Zeiten eines totalen Reichsbankrotts entgegen geführt hat?

Wir richten die Frage an die „deutsche Front“:

Wenn Eure führenden Reichsbankrotteure jetzt jeden Tag der Welt den Offenbarungseid anbieten, daß sie auf Jahre hinaus nichts an Gold und Devisen transferieren können, wie wollen sie nach dem erträumten Abstimmungsstege ihre Verpflichtungen gegenüber Frankreich „in Gold“ erfüllen? Glauben sie etwa, Frankreich würde für die Bezahlung der Saargruben der totalen Pleite Hitler, Schacht u. Co. ein „Vollamortorium“ für unabsehbare Zeit gewähren?

Glaubt die „deutsche Front“ etwa, es würden ausländische Kredite für den Rückkauf der Saargruben an eine Reichsregierung fließen, die notorisch betrügerischen Bankrott gemacht hat und ihre ausländischen Gläubiger um Kapital und Zinsen preßt?

Das sind Fragen erster Ordnung für den Abstimmungskampf. Die „deutsche Front“ und ihre bankrotte Reichsregierung können sich von der Verantwortung nicht drücken. Auch Schweigen würde sehr berechtigt wirken. Es würde zeigen, daß die Herren Hitler und Schacht auf diese Fragen keine andre Antwort wissen als diejenige, die wir jetzt jeden Tag von ihnen hören: Wir sind oberlos, wir sind unpfändbar, wir sind zahlungsunfähig, wir sind ruiniert, wir sind pleite, wir sind mochte, Heil Hitler!

Wer es mit diesen armen Schluckern gut meint, befreit sie von den Sorgen, wie sie die unmögliche Aufgabe lösen sollen, ein paar hundert Millionen Reichsmark für den Rückkauf der Saargruben zu pumpen, und wirbt für den Status quo. Sobald in Deutschland wieder eine ordentliche und daher zahlungsfähige Reichsregierung vorhanden ist, wird die Rückgliederung und der Rückkauf der Saargruben glatt erfolgen.

Oder weiß die „deutsche Front“ eine andere Lösung? Wir sind sehr gespannt, was sie oder ihr Führer zum Reichsbankrott darauf antworten werden.

Vermutlich nichts.

Franz von Papen

Oder das Genie der Vernichtung

Paris, den 1. September.

Von unserem Korrespondenten

Robert d'Harcourt beschäftigt sich im „Jour“ unter der obigen Ueberschrift in einem langen Artikel mit Herrn von Papen, dem neuen deutschen Gesandten in Wien.

Der Verfasser meint, Papen komme in Wien mit dem schweren Gepäck vergangener Irrtümer an, mit dem Gepäck seiner Schwäche, seiner Gabe sich bloß zu stellen, seiner Feigheit und außerdem noch vorbelastet durch die unbeschreibliche Ungeschicklichkeit der Hitlerregierung, die diese aus Anlaß der Neubesetzung des Wiener Postens bewiesen habe.

Das, was Papen besonders kennzeichne, sei die Vernichtung, die er überall an der Stätte seiner Wirksamkeit zurücklasse. Er scheine vom Schicksal die zweifelhafte Gabe erhalten zu haben, Unsicherheit zu schaffen. Er habe Deutschland dem Hitlerismus ausgeliefert, indem er sich einbildete, diesen weisern zu können, wenn er ihn in das konservative Bauwerk einmauere. Aus dem gleichen Grunde habe er den deutschen Katholizismus an Hitler ausgeliefert. Die rheinischen Katholiken haben ihm den schrecklichen Beinamen „Deutscher Judas“ gegeben.

Robert d'Harcourt hält diesen Beinamen für etwas zu hart. Er glaubt, daß die Grundzüge von Herrn von Papens Weisensart Sorglosigkeit und Leichtfertigkeit seien. Er, der ein „Kanzler ohne Volk“ gewesen sei, bleibe immer der Offizier der leichten Kavallerie. Er habe nur einen Freund gehabt: Hindenburg, der ihm am Tage vor seiner Abreise sein Bild mit der Widmung „Ich hatt' einen Kameraden“ geschenkt habe. Aber selbst ihn habe Papen betrogen, als er Hitler an seine Stelle setze, Hitler, den der alte Soldat als gefährlichen

Abenteurer angesehen habe. Papen sei zwar Vorsitzender einer Vereinigung „Kreuz und Adler“ gewesen, aber er habe dem Kreuze genau so schlecht gedient, wie dem Adler.

Dieser Mann, so heißt es weiter, könne nur Verzagtes übergeben. Für ihn gebe es nur eine Treue, die zu den Methoden seiner amerikanischen Diplomatenzeit während des Krieges: er torpediere weiter.

Nach Wien gekommen, vierzehn Tage nach der Ermordung von Dollfuß konnte der Gesandte des „dritten Reiches“ seine Beglaubigungsschreiben nur mit blutbesetzten Händen übergeben. Aber die Berliner dachten, bei den außerordentlich gepflegten Händen des Herrn von Papen werde man das Blut weniger sehen und seine guten Manieren, sein Charisma werden das Verbrechen vergessen machen. Franz von Papen könne auch das „Mädchen für alles“ genannt werden. Denn er mache eben alles und daher habe er auch den Wiener Posten angenommen. Und man habe ihn dort auch empfangen. Aber erfolgreich werde er in Wien nur tätig sein können, wenn er sich jeder Einmischung in innerösterreichische Verhältnisse auch über den Weg der gesellschaftlichen Beziehungen enthalte.

Bei dieser klaren Erkenntnis der Lage sollte man denken, daß das Wiener Kabinett eventuellen Intrigen entgegenwirken könnte. Aber ein Mann von Papens Geschmeidigkeit bleibe immer gefählich. Hoffen wir, so schließt Robert d'Harcourt seine Ausführungen, daß die Menschen von Herz und Verstand, die jetzt das Schicksal Oesterreichs bestimmen, zu verhindern wissen, daß ein Mann, der Deutschland vernichtet, der dem Katholizismus Unheil gebracht hat, nicht etwa seine Laufbahn mit einer Zerstörung Oesterreichs beende.

durchschnitten war. Man telefonierte von einer Nachbarvilla aus. Nach etwa anderthalb Stunden kam das Ueberfallkommando. Die Zeugen; darunter Schleichers Dienstmädchen, wurden kurz verhört und aufnotiert. Frau Schleicher wurde ins Krankenhaus transportiert. Sie starb auf dem Wege dahin.

Soweit der polizeilich festgestellte Sachverhalt. Er ergibt mit absoluter Klarheit, daß die Ermordung Schleichers von vornherein beschlossene Sache war, keineswegs eine unvorhergesehene Folge eines Widerstandes bei der Verhaftung. Folgende Momente beweisen das:

1. Das Kommando „Pistolen raus!“ bei Betreten der Villa.
2. Schleicher konnte seinen Widerstand leisten. Dazu blieb ihm einmal physisch keine Zeit. Vor allem aber: Wogegen sollte er Widerstand leisten? — Er wußte ja gar nicht, was die sein Zimmer Betretenden, denen sein Mädchen die Tür öffnete, von ihm wollten, konnte es auch nicht wissen, da nichts weiter vorging, als daß er gefragt wurde, ob er Schleicher sei, und dann sofort geschossen wurde.
3. Die eilige Flucht der Täter und das Durchschneiden des Telefondrahtes. Beamte, die bei einer Verhaftung von der Waffe Gebrauch machen müssen, jagen nicht wie die Verbrecher davon, sondern bleiben an Orte und nehmen den Tatbestand auf. Sie haben auch die Pflicht, sich um die durch sie Verletzten zu kümmern und dürfen sie nicht einfach verbluten lassen.

Diese Täter aber machten jede sofortige Hilfeleistung unmöglich, zerschritten das Telefon und ließen davon. Daran ergibt sich, daß sie in ihrem eigenen Bewußtsein keine pflichtmäßig handelnden Beamten, sondern gemeine Mörder waren.

Hauptfeind Faschismus

Von der Einheitsaktion zur Einheitsfront

In der soeben erschienenen „Neuen Weltbühne“ (Nr. 35) veröffentlicht S. Aufhäuser, langjähriger sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Angestelltenführer und jetzt noch Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes, folgenden Aufsatz. Wir entnehmen ihn als Diskussionsbeitrag.
Redaktion der „Deutschen Freiheit“.

Die täglichen Auseinandersetzungen der Arbeiterparteien in Wort und Schrift mögen nicht immer ermutigend sein, die Diskussion über die Einheitsfront wieder aufzunehmen. Ihnen steht als unabänderliche geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse der Sturz des Faschismus gegenüber: Sie kann nur das Werk einer geeinten Arbeiterklasse sein. Es liegen auch neue Umstände vor, die dazu beitragen, Wunsch, Willen und Begeisterung der Massen zur Einigkeit immer lebendiger zu gestalten. Die französischen Arbeiter hatten nach dem 6. Februar 1934 instinktiv gefühlt, daß die proletarische Einheitsfront ihre schärfste Verteidigungswaffe gegen den drohenden Faschismus sein wird. Die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei des Saargebietes haben mit kühner Entschlossenheit eine einheitliche antifaschistische Front gegen die Unterwerfung des Saargebietes unter Hitler-Deutschland gebildet. Am 31. Juli 1934 haben die italienische sozialistische Partei und die italienische kommunistische Partei in einem gemeinsamen Aufruf ihre brüderliche Solidarität für die österreichische Arbeiterklasse und ihre Kampfbereitschaft gegen den Interventionskrieg bekundet, ebenso wie das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten Österreichs sich mit der KPÖ zum gemeinsamen Aufruf vereinigt hat. In anderen Ländern, wie z. B. in der Tschechoslowakei, waren freilich die Einigungsversuche einzelner kommunistischer Landeszentralen noch zu sehr von der Gewöhnung an frühere Einheitsmandate umschattet, um erfolgreich sein zu können. Auch dürfte die Verbreiterung der Einigungsbasis zu einer Verständigung der beiden Internationalen heute noch nicht sprudeln sein.

Für die deutsche Arbeiterbewegung aber geht es um eine Lebensfrage. Sie ist an der Spaltung zerbrochen. Der Sieg des Faschismus in Deutschland ist zur Bedrohung der gemeinsamen europäischen Arbeiterbewegung geworden. Es muß daher vor allem wieder an der deutschen Arbeiterklasse liegen, auch initiativ den Weg zur Einheit zu suchen. Er kann weder in der Gründung einer neuen Partei, noch in der einer weiteren — Vierten — Internationale gefunden werden, die nur zur Vertiefung der Spaltung führen müßte. Der Weg zu der einen revolutionären sozialistischen Einheitspartei, die Trägerin künftiger Entscheidungskämpfe sein wird, kann nicht der des Ueberlaufens enttäuschter Anhänger von der SPD zur KPD, und von der KPD zur SPD sein. Statt eines resignierten Abstufens gilt es vielmehr, in der eigenen Partei jene ideologische Umstellung zu erzwingen, aus der die Fesseln der Brücke zur Einigung gelöst werden. Die Schaffung der Einheitspartei wird auch nicht das Ergebnis mechanischer Fusionserhandlungen sein können. Der Weg zur Einheitspartei führt über die Gestaltung der Einheitsfront. Die Einheitsfront aber kann sich nur über die Einheitsaktion entwickeln. Am Anfang der Einheit steht die Einheit der Tat.

Die letzten Ereignisse in Deutschland sollten uns in dieser Auffassung bestärken. Alle Illusionen, als könne das Proletariat nur in Passivität abwarten, um alsbald ruhmvoller der inneren Zerfegung des Faschismus werden zu dürfen, sind zerstört. Dieser Zerfegungsprozess, dessen Stadium vielfach stark überhöht wird, kann die Befreiung der deutschen Arbeiterklasse nicht bringen, wenn sie es verabsäumt, rechtzeitig einheitlich und zentral ihre Widerstandskraft zu organisieren.

Der 30. Juni, der 25. Juli und der 2. August haben erwiesen, daß der Faschismus bereit ist, die Herrschaft des Großkapitalismus um jeden Preis zu stabilisieren und sich mit den Mitteln blutiger Gewalt nach innen und nach außen zu behaupten, daß Spekulationen auf die inneren Reibungen zwischen den Stützen des faschistisch-kapitalistischen Bündnisses nicht am Platze waren. Gegenüber der Totalität des Faschismus wird jede Taktik des kleineren Übels, des Nachhassens auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Regimes versagen. Die Elastizität der Hitler-Diktatur zur Ueberwindung von Schwierigkeiten und ihre Bereitschaft zu Konzessionen aller Art sind unbegrenzt. Zeit, hart und unerbitlich aber bleibt er in seiner tödlichen Feindschaft gegen die aufstrebende sozialistische Arbeiterklasse, wie immer die politische Färbung ihrer einzelnen Gruppen sein mag. Alle Hoffnungen, durch die sich öffnenden und weitenden Risse des Regimes in das sich wandelnde Staatsgefüge des Faschismus hineinschlüpfen zu können, werden sich als trügerisch erweisen. Im Ringen der Arbeiterklasse mit dem Faschismus kann es nur um die ganze Nacht gehen. Sie muß mit dem Sturz des Faschismus erkämpft werden.

Die Erkenntnis vor der Größe dieser Aufgabe wird uns nicht abzuhalten brauchen, Zerlegungs- und Zerfallerscheinungen des Hitlerismus mit der nötigen Aktivität unsererseits zu begleiten. Es muß indes ausgesprochen werden, daß die noch herrschende Zersplitterung der sozialistischen Opposition bisher auch in den einzelnen Stappen der faschistischen Entwicklung jede Einsatzebereitschaft verhindert hat. Der 30. Juni hatte auf einige Stunden, insbesondere in den Großstädten Deutschlands, ein aufgelockertes Straßenbild gezeigt. Zahllose diskontinuierliche Gruppen haben immer die Frage gestellt: Was soll werden? Sie wird eine offene Frage bleiben, bis die Sammlung der Massenopposition sichtbar geworden ist. Es genügt nicht, daß die Massenbasis des Faschismus, wie es am 30. Juni der Fall war, in sich erschüttert wird. Entscheidend ist, ob in den Wiederholungsfällen innerfaschistischer Krisen, die nicht ausbleiben werden, auch politisch das Kräftezentrum vorhanden sein wird, die enttäuschten Massen an sich ziehen zu können. Auch der langwierigste Stellungskrieg, den zu führen das deutsche

Proletariat entschlossen sein muß, macht es notwendig, daß der revolutionäre Vortrupp in einer wachsenden Volksbewegung seine Resonanz und Massenbasis findet. Das Vertrauen der Massen zu ihrer eigenen Kraft ist das Vertrauen in die unüberwindliche Macht ihrer Einheit und Geschlossenheit.

Die Arbeiterbewegung, die zur Einheit gelangen will, muß sich bemüht bleiben, daß die Klassenkämpfe aller Zeiten von ständigen inneren geistigen Auseinandersetzungen über Taktik und Ziel der Bewegung begleitet werden. Das gilt nach ihrem Zusammenbruch in erhöhtem Maße von der deutschen Bewegung. Nur im geistigen Ringen um eine neue politische Plattform wird sich das Willenszentrum für die Gestaltung einer künftigen geschlossenen Einheitsfront formen können. Alle parteiaktiven Erwägungen haben zurückzutreten hinter der einen großen geschichtlichen Mission der deutschen Arbeiterbewegung, den Sturz des Faschismus herbeizuführen. Wir haben nicht zu fragen, wie lange der Kampf dauern wird, so sehr wir bemüht bleiben müssen, ihn abzukürzen, sondern wir haben die einfache Pflicht, die Einheitsfront zu schmieden, bevor entscheidende Krisen des Faschismus ausbrechen können. Wohl sind die organisatorischen Umfassungsmauern der alten Arbeiterparteien gefallen, doch sind im Dunkel des illegalen Kampfes zahlreiche revolutionäre Gruppen emporgewachsen, die isoliert, desorganisiert, ohne festen Zusammenhang und ohne einheitliche Orientierung um Ziel und Inhalt einer neuen Bewegung ringen. Trotz eines gleichartigen harten Schicksals aller Revolutionäre sind die Gruppen mit ihrer Ideologie teilweise noch an die alten Parteien gebunden. Häufig genug sind auch neue Gegensätze aufgerissen worden. In ihrer literarischen Tätigkeit haben die Splitterparteien ein verhältnismäßig starkes Echo gefunden. Kein organisatorisch aber rankt sich die illegale Bewegung mehr um die beiden früheren großen Arbeiterparteien. Die SPD. und die KPD. sollten bei dem ideologischen Neuaufbau der gesamten Arbeiterbewegung Deutschlands nicht den Ehrgeiz haben, unter allen Umständen zwei neue Theorien zu gestalten; es müßte wenigstens möglich gemacht werden, auf einer gemeinsamen Diskussionsbasis die Erfordernisse des antifaschistischen Kampfes zu erörtern. Das französische Beispiel zeigt, daß „der einheitliche Wille, den Faschismus zu schlagen“, entscheidend ist für die Einigungsmöglichkeit überhaupt. In der kommunistischen „Humanität“ vom 6. Juli 1934 heißt es:

„Im gegenwärtigen Augenblick bildet der Faschismus die Hauptgefahr.“

Wenn dieser Satz, der sinngemäß auch in anderen Aufrufen der KPD wiederkehrt, für Frankreich niedergeschrieben werden durfte, sollte es für Deutschland selbstverständlich sein, alle Kräfte gegen den Hauptfeind Faschismus zu vereinen. Mit dieser kommunistischen Erklärung müßte die verhängnisvolle Theorie vom Sozialfaschismus, nach der die Sozialdemokratie mit dem Faschismus auf eine Stufe gestellt werden sollte, aufgegeben sein, und ein wesentliches Hindernis zur Einigung wäre aus dem Wege geräumt. Es braucht keine der Parteien ihre Doktrin preiszugeben, aber jede müßte bereit sein, zu diskutieren, um das gegenfeitige Verstehen zu erleichtern. Die Einheitsdiskussion darf nicht zur Waffe in den Händen der einen Partei gegen die andere werden; die Aussprache soll keinen Verzicht auf Kritik von Meinungen in sich schließen, sondern nur beschimpfende Polemik und verleumderische Angriffe ausschließen. Es muß der Beweis erbracht werden, daß keiner der Teilnehmer Angst vor der Einigung hat. Wird die Diskussion über das sozialistische Bollen der kommenden einheitlichen revolutionären Bewegung auf solcher Grundlage geführt, so würde sie die ideologische Einheit vorbereiten helfen, damit sich zum gegebenen Zeitpunkt die Massen der Arbeiter auf einer gleichen Ebene treffen können.

Es kommt aber nicht nur darauf an, alle Teile der deutschen Arbeiterklasse zur gemeinsamen Diskussion über

den Weg zur Macht zu befähigen. Die Einheit der Nation wird in erster Linie aus den Betrieben heraus wachsen. Der Betrieb war bestimmt, im Faschismus die Zelle seiner Massenbasis zu sein, der Betrieb hat sich nicht minder als ein Zerfegungsherd des Faschismus gezeigt, je mehr der pseudofaschistische Schwindel entlarvt werden konnte. Aus den Betrieben haben die Arbeiter bei den Vertrauenswahlen ihre erste Stimme und gewaltige Demonstration sichtbar gemacht. Im Betrieb stößt sich das Regime stündlich an den Klassengegensätzen, dort sind es alle Arbeiter und alle Angestellten, die, losgelöst von Parteigebundenheit, ihre proletarische Verbundenheit um so stärker fühlen.

In den Arbeitsstätten wissen sich heute schon die Belegschaften verschiedener politischer Färbungen teilweise zu verständigen, soweit es sich um die Verteidigung ihrer Belegschaftsinteressen handelt. Auch bei den verschiedenen Zentralstellen der Arbeiterparteien sind wohl in der Beurteilung dieser Massenforderungen die unmittelbarsten Berührungspunkte festzustellen. Da herrscht Uebereinstimmung über die Schloßverordnung im „dritten Reich“ vom 1. Mai 1933, genannt Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit. Auf der Basis dieses Arbeitsgesetzes, das die bewußte Zerstörung jedes Kollektivismus bezweckt, vollzieht sich die sogenannte Betriebsordnung und der Lohnabbau, wie er mit der Einführung der Sechsdreißigstundenswoche in den nächsten Monaten brutaler als je durchgeführt werden soll. Man braucht gewiß kein Revolutionsromantiker zu sein, um sagen zu dürfen, daß in der Stellungnahme zu den täglich auftretenden Arbeitsfragen das Abwarten allein keine ausreichende Anweisung für die Belegschaften sein kann, und daß trotz des Arbeitsgesetzes tägliche Arbeiterforderungen nicht ausbleiben können. Mag auch die Arbeitsfront in ihren Befugnissen völlig ausgehöhlt sein, die Millionen Zwangsmitglieder sind ihr verblieben. Sie können den Betriebsversammlungen fernbleiben, manches Beispiel hat jedoch die Nützlichkeit der Teilnahme erwiesen. Sollte die Einheitsbewegung der Verwirklichung näher gebracht werden, so würden jedenfalls die Massenforderungen der Arbeiterklasse im faschistischen Alltag reichlichen Stoff zur Probe auf das Exempel bieten.

Aus der Verständigung über Betriebsfragen und Massenforderungen des täglichen Arbeitslebens würden sich auch wertvolle Ansätze für die künftige einheitlich aufzubauenden freien Gewerkschaften gewinnen lassen. Der Aufbau von Massengewerkschaften wird nicht Aufgabe der politischen Parteien sein, wohl aber kann die politische Bewegung in ihrer Einheitspolitik mit dazu beitragen, wesentliche Voraussetzungen für die spätere Gewerkschaftseinheit zu schaffen. Die Aktionseinheit der politischen Parteien wird sich zunächst bewähren müssen, um den letzten Verdacht, als könnte die Empfehlung von Einheitsgewerkschaften etwas eine Fortsetzung der KPD. werden, zu zerstreuen. Der gewerkschaftliche Wiederaufbau darf in keinem Falle zum Gegenstand politischer Experimente gemacht werden.

Die Aktionseinheit muß sich ferner in den einzelnen Städten der weiteren Entwicklung bewähren, wenn es sich um die Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse, die Forderungen nach Vereins- und Versammlungsfreiheit und anderen Möglichkeiten handelt, die Massen besser sammeln und organisieren zu können.

Eine aufrichtige Bereitschaft zur Aktionseinheit setzt voraus, daß gemeinsame Vollzugsausschüsse aus beiden Lagern bestehen und eine gemeinsame Zentralstelle geschaffen wird, die eine Alleinherrschaft einer Partei verhindert. Die zurückliegenden Erfahrungen haben gezeigt, daß die Schaffung einer höheren Organisationseinheit immer wieder daran gescheitert war, daß versucht wurde, zunächst die vorhandenen Einheiten zu dezimieren oder zu zerstören. Die deutsche Arbeiterklasse kann von den Parteien verlangen, daß sie auf jeden Parteioportunismus Verzicht leisten, wenn es gilt, ihr gegen den Hauptfeind, den Faschismus, die schärfste Waffe in die Hand zu geben: Die Einigkeit der Arbeiterklasse.

Der „Rote Stoßtrupp“

„Ein höchst gefährliches Unternehmen“

Die „Germania“ in Berlin berichtet über den Stoßtruppprozess nach folgende Einzelheiten:

In Berlin und im Reich war seit Juni vorigen Jahres in ständig steigender Auflage eine marxistische Zeitschrift unter der Bezeichnung „Der rote Stoßtrupp“ verteilt worden. Die Polizei ging den Spuren der Verteiler nach und deckte ein ganzes System von Bezirken- und Unterverteilstellen auf. Als die geheimen Räder, die zu einem „Rührerkopf“ in Berlin führten, restlos aufgedeckt waren, wurde der ganze illegale Apparat aufgehoben. Das Volksgericht gab das Strafverfahren gegen die Verteiler an das Kammergericht ab, das gegen mehrere Dutzend Angeklagte Gefängnis- und Zuchthausstrafen bis zu drei Jahren verhängte.

Die Mitglieder des Rührerkopfes, der sich selbst als „Roter Stab“ bezeichnete, hatten sich nun am Montag vor dem 2. Senat des Volksgerichtshofes zu verantworten. Der geistige Führer des ganzen Unternehmens war der 30-jährige Rudolf Kärmer, der sich längere Zeit hindurch auch im Ausland journalistisch betätigt hatte. Er hatte Beziehungen aufgenommen zu verschiedenen Mitgliedern der sozialistischen Studentenschaft der Berliner Universität. Diese stuaen, der SPD. nahestehenden Akademiker verstand er schnell für seine hochverräterischen Pläne zu gewinnen. So gelang es ihm, einen illegalen Presseapparat aufzubauen, der nach den Feststellungen der Polizei nicht weniger als 40.000 Exemplare der Zeitschrift „Der rote Stoßtrupp“ im In- und Ausland verteilt haben soll.

Im Gegensatz zu den Angeklagten, die den hochverräterischen Charakter ihrer Tatlafelt abzulernen suchten, betonte der Vertreter der Reichsanwaltschaft in seiner Anklage, daß es sich hier um ein höchst gefährliches Unternehmen gehandelt, das der Bildung einer neuen Umgruppierteilung der Partei nahekomme. Der „rote Stoßtrupp“ habe als neue marxistische Bewegung, die er in Wahrheit sei, beabsichtigt,

alle diejenigen jungen revolutionären Elemente zusammenzufassen, die mit der Führung durch die alten marxistischen Parteien unzufrieden waren und sich immer noch revolutionären Humordräumen hingeben. Es handelt sich dabei vor allem um die Mitglieder der KPD., Opposition, der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP.) und die Trotsky-Anhänger. Diese Kreise waren nach den Plänen des „Roten Stabes“ berufen, in naher Zukunft die proletarische Revolution durchzuführen, die die KPD. diesen Staatsfeinden nach ihrer Meinung schuldig gelieben war. Die Kampfschriften des „Roten Stabes“ mit Grenznachrichten über den Reichstagsbrand und sonstige tagespolitische Ereignisse angefüllt und sind daher als besonders verwerfliches politisches Kampfmittel anzuzurechnen, da sie vor allem das Ansehen der nationalen Regierung und der hinter ihr stehenden Verbände zu untergraben und auch auf diesem Wege den Boden für einen gewalttätigen Umsturz vorzubereiten suchten. Besonders interessant dürfte die Feststellung sein, daß sich auch die nach Prolog geklopfene SPD.-Zeitung an der Finanzierung der hochverräterischen Umtriebe der Angeklagten beteiligt hat.

Das Urteil lautet entsprechend dem Antrag des Reichsanwalts gegen den 30-jährigen Hauptangeklagten Rudolf Kärmer wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Verbrechens gegen die Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe auf die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933 auf zehn Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. Die beiden weiteren Mitglieder des „Roten Stabes“, der 29-jährige Karl Binz und der 26-jährige Willy Strinz, erhielten je sieben Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust, während der 30-jährige Wilm Schwarz mit drei Jahren Zuchthaus davonkam. Die Strafen der restlichen drei Angeklagten bewegten sich zwischen 1½ und 3 Jahren Gefängnis. — Sieben Monate der erlittenen Untersuchungshaft werden allen Angeklagten auf ihre Strafen angerechnet.

Weltmeinung über die Reichsbankrotteure

„Bluff und Erpressung“ — Unverantwortlich und nicht kreditwürdig — Schacht-Baisse

Paris, den 1. September.

Von unserem Korrespondenten

Die Rede, die Dr. Schacht auf der internationalen Agrarkonferenz in Bad Eilsen gehalten hat und in der er nicht nur ein vieljähriges Moratorium, sondern auch die Einstellung des größten Teils der Auslandsschulden für Deutschland fordert, findet, wie man sich vorstellen kann, in der Presse eine wenig günstige Aufnahme.

„Journal“ schreibt dazu: Wir können versichern, daß mehr noch als die Vorgesagte Rede Dr. Schachts überall diese Erregung verursacht hat. Die neue deutsche Politik in der Frage der Schulden und der Auslandsimporte legt alle Handelsverträge, die die Beziehungen zwischen Deutschland und anderen Völkern regeln, wie auch immer ihre Basis ist, aufs Spiel.

In englischen und amerikanischen Finanzkreisen wird beinahe einseitig der Meinung Ausdruck gegeben, daß in der Rede Schachts ein großer Teil Bluff und Erpressungsverfälschung zu sehen sei. Besonders das amerikanische Staatsministerium ist ungemeinlich unzufrieden über die deutsche Note zur Schuldenfrage und Washington beabsichtigt nach der neuen aggressiven Rede von Schacht die Vorbeisprechungen über ein eventuelles Handelsabkommen auf den Donnerstag zu verschieben. Detaillierte Dispositionen, so meint „Paris-Soir“, passen schlecht zu der internationalen Zusammenarbeit, die sich Schacht zu seinen Gunsten wünscht.

„Kaum viel Gehör“

Eine Stimme aus der Schweiz

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (Nr. 1552) schreibt: Welche praktischen Folgen die neuesten Ankündigungen Dr. Schachts in nächster Zeit haben werden, läßt sich heute noch nicht überblicken. Auf alle Fälle dürfte der deutsche Wirtschaftsdiktator mit seinen Vollmoralatoriums- und Schuldabwertungsplänen bei den Gläubigern kaum viel Gehör finden. Durch Stundungen und Kürzungen haben sich die ausländischen Geldgeber der deutschen Wirtschaft, die außerdem in den letzten Jahren in hohem Maße an die außerordentlichen Wertsteigerungen profitiert hat, schon derart grobe Opfer auferlegt, daß ihnen ein weiteres Entgegenkommen nicht mehr möglich sein wird, ohne daß sie ihre eigene Situation ernsthaft gefährden. Völlig ist dem Dr. Schacht dem Vorzug in vollem Maße die Tat folgen, dann müßte die deutsche Reichsregierung wohl über kurz oder lang ein mehrjähriges Vollmoralatorium dekretieren und gleichzeitig eine Reduktion der privaten Auslandsschulden ankündigen, in einem Ausmaß über das es möglich erscheint, irgendwelche Spekulationen anzustellen. Ob Dr. Schacht, wie schon so oft, vor einem solchen Schritte die Vertreter der ausländischen Gläubiger „zur Berechnung“ nach Berlin schickt, wäre kaum von ausschlaggebender Bedeutung, wenn er doch, wie bei früherer Gelegenheit, über ihren Kopf hinweg nach eigenem Gutfinden verfügen sollte.

Es kann hier nicht der Ort sein, die handelspolitischen Deduktionen des Reichsbankpräsidenten auf ihre Stichhaltigkeit zu untersuchen. Sicher ist aber das Bestimmte, daß er der Welt empfiehlt, zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise völlig untauglich. Wie sollte die Welt die heutigen Schwierigkeiten der Wirtschaft überwinden, wenn durch einen drückenden Eingriff in die internationale Kapitalverflechtung nämlich Milliardenausgaben vernichtet würden, wenn man die gesamten Auslandsgläubiger eines Staates plötzlich einen Generalnachlaß ihrer Forderungen zumuten wollte? Die Führer der deutschen Wirtschaft erhoffen von einem solchen Einarriff offenbar eine weitere starke Absenkung zu Lasten des Auslandes, und einzelne Industriezweige würden wohl gerne von einem Schuldennachlaß profitieren, um unwohl von alten Zahlungsverpflichtungen am Weltmarkt als Käufer auszutreten und ihren unerfülllichen Rohstoffbedarf befriedigen zu können. Zweifellos würden derartige Eingriffe aber einer vermehrten Abwehraktion durch das Ausland, ja sogar einem eigentlichen Wirtschaftskrieg auf vielen Fronten rufen, durch den die deutsche Exportwirtschaft in höchstem Maße geschädigt würde. Die Gläubiger endlich, deren Forderungen vernichtet und deren wirtschaftliche Grundlage zerstört würde, würden vielerorts vor dem Ruin. Die sich hieraus neu ergebenden Erschütterungen der Weltwirtschaft ließen sich zum vornherein gar nicht überblicken.

Vor allem aber würde der internationale Kredit Deutschlands einen tödlichen Schlag erleiden. Kein noch so ausgeklügeltes Argument vermöchte wohl die schweren Zweifel zu zerstreuen, welche die Welt an Deutschlands Zahlungswilligkeit hegen müßte.

Die deutsche Schuldnermoral, die leider schon seit einigen Jahren international nicht mehr hoch im Kurs steht, würde auf unabsehbare Zeit gerührt. Es müßte deshalb nicht wenig überraschend an, daß der Reichsbankpräsident es unternimmt, im Zusammenhange mit seinen Moratoriums- und Abwertungsplänen von neuen Auslandskrediten zu sprechen, die er für Deutschland erhofft, wenn einmal die heutige Schuldenlast abgeschüttelt oder auf ein „tragbares“ Maß reduziert sein sollte. Wer aber wollte Deutschland noch Geld leihen, nachdem es seine alten Verpflichtungen mit rückstillschwerer Weite von sich geworfen haben würde...

Eine Gesundung der Weltwirtschaft kann nicht durch „dynamische“ Interventionen erfolgen, sondern einzig durch eine schrittweise Wiederanknüpfung zerstörter Beziehungen, eine Abkehr von unheimlicher Schrecken und durch ein Wiedererlangen des internationalen Vertrauens. Die Rede Dr. Schachts scheint allerdings auf diesem Wege keinen Schritt vorwärts zu weisen.

„Die geistige Einstellung der Verantwortlichen“

London, 1. Sept. Die gesamte Presse wendet sich gegen die Bankrottrede Schachts. Man spricht von den Früchten des „Hilferismus“. „Daily Telegraph“ schreibt: Die Länder, die Deutschland Kapital geliehen haben und denen mehr gefordert wird, daß sie auf den Zinsvertrag verzichten müßten, dürften sich kaum willens zeigen, noch mehr herzugeben. Deutschland habe seine Zahlungsfähigkeit vollständig durch große Rohstoffeinfuhren zur Durchführung des Arbeitsprogramms und für die Aufrüstung gefährdet, ebenso durch seine Kriegsgeldgebung geschwächt. Es läge in niemandes Interesse, Deutschland aus der Reihe der Handelsmächte zu lassen, doch würden die Gläubiger zur Genehmigung eines Moratoriums bestimmt mehr als die Verantwortung

hauptung Dr. Schachts fordern, daß die deutsche Zahlungsfähigkeit tatsächlich erschöpft sei und daß die Mittel nicht etwa durch innere Maßnahmen verzehrt worden seien.

Die „Morning Post“ sagt: Leider mache es die geistige Einstellung der verantwortlichen Staatsmänner und vor allem Dr. Schachts für jedermann zuebend schwierig, das Rettungswort in Angriff zu nehmen. Das Blatt weist darauf hin, daß die Erzählung von der Verarmung Deutschlands erheblich von dem schönen Bild abweiche, das Hitler am letzten Sonntag den Saarländern vorgelesen habe. Wenn Deutschland so wohlhabend sei, wie es der Reichsführer dargestellt habe, dann müßte man die Gläubiger Deutschlands zum mindesten dafür entschuldigen, daß sie den deutschen Wohlstand als Folge ihrer Kreditgewährung ansehen.

Deutscher Staatsbankrott in Sicht

Die „Baller National-Zeitung“ schreibt: Wenn die Reichsregierung ihrem, nach Adolf Hitler, wichtigsten Mitgliede folgt — und warum würde sie ihm nicht folgen? — so wird Deutschland seine Gläubiger in Kürze offiziell vor die Tatsache eines Vollmoralatoriums auf unbestimmte Zeit für alle, auch die privaten Schulden stellen, d. h. kürzer gesagt: Vor den Staatsbankrott. Deutscher Staatsbankrott in Sicht! Der erste Staatsbankrott eines europäischen Großstaates seit anderthalb Jahrhunderten, als die todtränke französische Monarchie sich unfähig zur Zahlung ihrer Schulden bekannte. Was Dr. Schacht in seinem Vortrag vor der internationalen Konferenz für Agrarwissenschaften in Bad Eilsen verkündete, hatte der deutsche Wirtschaftsdiktator selbst längst durchblicken lassen. Die uns zuverläßig berichtet wird, machte Dr. Schacht den Berliner Vertreter einer auswärtigen Großmacht schon vor Wochen darauf aufmerksam, spätestens Anfang September werde die Reichsregierung die Welt mit den unumwandelbaren und entscheidenden Tatsachen stellen. Konsequenz ist ferner seit Monaten durch eine Propaganda, die seine Kräfte kennt und seine Mittel kennt, daß deutsche Volk dahin bearbeitet worden, zu glauben, daß das Ausland, und nur das Ausland, schuld an aller Misere sei. Das Volk ist heute in Mehrheit soweit gebracht, endlich entspricht auch das der deutschen Praxis, die wir seit dem Beginn des Dritten Reiches kennen: Daß man, statt sich an die eigene Brust zu schlagen, von hoher Barte herab noch das Ausland schuld macht. Die Kritik an den ausländischen Finanzen, auch die Schweiz ist darin einbezogen, hätte sich Dr. Schacht in diesem Augenblick ersparen können. Denn seine ausweichende oder überhebliche Geste wird die Welt darüber hinwegtäuschen, daß das Sabotagepiel, das Deutschland mit dem Dritten Reich einig, der Entscheidung entgegensteht.

Am Bewußtsein der deutschen Aufstufung scheint die Welt der unbedenklichen Politik des Dritten Reiches freilich Recht zu geben. Die deutsche Aufrüstung könnte heute jedoch nur noch durch einen Krieg verhindert werden, den jeder-mann scheut. Ganz anders, und viel wirkungsvoller, wären dagegen die wirtschaftlichen Wehrmittel gegen einen willkürlichen deutschen Bankrott, der, falls er sich durchsetzt, Deutschland nicht abzuschätzende und von den andern kaum wieder einzubolende Vorteile brachte: Jeder die Hälfte der gesumpten 24 Milliarden wurden z. B. für die Erneuerung der deutschen fabrikmässigen Rüstung investiert; diese Rüstung ist modernisiert wie in keinem andern Land.

Ohne Zweifel wird die Welt die Tatsache eines deutschen Staatsbankrotts nicht passiv hinnehmen. Die Lage ist auch nicht so, daß Weltwirtschaft und Weltmarkt durch den Ausfall des deutschen Käufers zusammenbrechen würden und sich den deutschen Forderungen somit zu fügen hätten. Das Gegenteil dürfte zutreffen: An der Tatsache, daß das Deutschland des Dritten Reiches als Partner der Weltwirtschaft heute schon zum großen Teil abgeschrieben ist, kann nicht gezweifelt werden. Diese Tatsache wird die zu erwartenden internationalen Währungsregeln — falls das Regime des Staatsbankrottsprungs wirklich wagen sollte — erleichtern. In Berlin selbst wird da und dort befürchtet, eine Aktion des Aus-

Zuchthaus

Für illegale Literatur

Berlin, 1. September. Das Volksgesetz verurteilte heute die beiden Mitglieder der KPD, (Kommunistische Opposition) Friedrich Große aus Greiz und Walter Böhm aus Gera wegen Verbrechens gegen das Gesetz über die Gewährleistung des Rechtsfriedens vom 13. Oktober 1933 zu je vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von je acht Monaten Untersuchungshaft auf die Strafe. Die beiden Angeklagten waren am 18. Oktober vorigen Jahres auf der Jankstraße Selbstmord angehalten worden, als sie auf dem Motorrad Böhm von der tschechoslowakischen Grenze her kamen. Im Rückrad führten sie eine große Zahl von „Hef- und Grenzflugschriften“ mit sich, die großenteils von Emigranten verfaßt und in Straßburg im Elsaß gedruckt worden waren. Unter den beschlagnahmten Schriften befand sich u. a. zwei Miniaturausgaben des in der Tschechoslowakei erscheinenden „Neuen Vorwärts“ und des aus dem Reichstagsbrandprozeß bekannten „Braunbuch“.

„Selbstverständlich nicht zulässig“

Sie tun so, als ob es ein Einzelfall gewesen sei

Darmstadt, 30. Aug. Nach dem Bericht der amtlichen „Darmstädter Zeitung“ wurde bei der amtlichen Feststellung des Abstimmungsresultates in Hessen durch den Abstimmungsamtsschiff folgende Beanstandung behandelt: In einer Gemeinde des Verwaltungsbezirks Friedberg hatte ein Mitglied des Abstimmungsamtes eine Anzahl Stimmscheitel in einem Großbuchstaben der Ueberschrift unauffällig mit handschriftlichen Ziffern versehen, um dann daraus Schlüsse auf die Abstimmung der ihm bekannten Personen ziehen zu können, denen er diese kenntlich gemachten Zettel ausshändigte. Wenn auch das Wahlergebnis in jenem Ort tatsächlich nicht beeinflusst worden ist, so war doch die Handlungsweise des Betreffenden selbstverständlich nicht zulässig. Gegen ihn wird weitere Veranlassung werden.

landes werde nicht nur zu einem internationalen Konflikt, sondern sogar zu einer Blockade wie im Krieg führen! Ob das Regime solchen Wirkungen jedoch noch standhalten könnte, ist eine andere Frage.

Vielleicht muß die Rede Dr. Schachts nur als Drohung ohne folgende Taten angesehen werden. Aber auch dann kann ihre Wirkung nur eine verhängnisvolle sein, weil sie den letzten Rest des deutschen Kredites in der Welt zerstört und zurückgeschlagen wird, auf das wahrscheinlich auch längt nicht mehr stabile Vertrauen zum Regime in Deutschland selbst.

Peinlicher Eindruck

Basel, 31. Aug. Wenn man auch in Kreisen der B.S. es strikte ablehnt, sich zur Ankündigung Dr. Schachts zu äußern, so ist doch der peinliche Eindruck, den diese Rede auslöste, unverkennbar, und in Finanzkreisen wird versichert, daß diese Ankündigung Dr. Schachts einer Bankrotterklärung gleichkomme, wie auch darauf hingewiesen wird, daß die Reichsbank seit anfangs August es nicht mehr gewagt hat, im Reichsbankausweis bekanntzugeben, welches die prozentuale Forderung der in Umlauf befindlichen Reichsbanknoten durch Gold und Goldbesitz ist.

Schacht-Baisse

London, 1. Sept. Die Erklärungen von Dr. Schacht haben an der Börse eine lebhafteste Reaktion ausgelöst. Die Dawes- und Young-Anleihen sind stark gestiegen. Die 7prozentige Anleihe von 1924 sank von 51 auf 47 1/2 und die 5 1/2prozentige von 1000 von 39 auf 36 1/2.

Verschlechterte Reichsfinanzen

Anschwellen der Ausgaben

Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums bezugnehmend im ordentlichen Haushalt (alle Angaben in Millionen RM.) die Einnahmen im Juli 508,0 (Juni 478,8) und die Ausgaben 717,0 (504,2). Mithin ergibt sich eine Mehrausgabe von 149,0 (209,4). Für den Zeitraum April bis Juli errechnet sich bei 2292,7 Einnahmen und 2285,9 Ausgaben eine Mehreinnahme von 6,8 (Ende: Mehreinnahme 155,8). Um diesen Betrag vermindert sich der aus dem Vorjahre übernommene Fehlbetrag von 1790,7 auf 1783,9. Im außerordentlichen Haushalt wurden im Juli 1,4 (1,4) veranschlagt. Seit Beginn des Rechnungsjahres 3,6, während Einnahmen nicht zu verzeichnen sind. Der vom letzten Rechnungsjahr der vorhandene Plus-Bestand von 14,2 „ermäßigt“ sich daher auf 10,8. Für beide Haushalte einschließlich der aus dem Vorjahr übernommenen Fehlbeträge bzw. -stände errechnet sich für Ende Juli ein Fehlbetrag von 1779,5 (Ende Juni: 1379,2).

Die Reichsbankrotteure

Wofür sie immer Geld haben

Berlin, 31. August. Auf Wunsch des Führers und Reichsanzlers wurde, wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, vom Chef der Heeresleitung das Magdeburger Reichswehr-Pionier-Bataillon mit der Durchführung der notwendigen vorbereitenden Brückenbauten in Nürnberg anlässlich des Reichsparteitages beauftragt. Es handelt sich um die Anlage einer großen Anzahl von Straßenbrücken, die den reibungslosen Aufmarsch und die Weiterführung des laufenden Verkehrs in Nürnberg während des Aufmarsches gewährleisten sollen. Es werden dazu notwendige Ueberbrückungen von Hauptverkehrsstraßen vorzunehmen sein. Die Anlage wird sich besonders dadurch schwierig gestalten, daß die Ueberbrückung über die vorhandenen Leitungen der Straßenbahn erfolgen muß.

Schutzhaft für Wanderer

Weil sie Katholiken sind

In Bamberg wurden, wie das „Frankische Volksblatt“ meldet, zwei Mitglieder eines katholischen Jugendvereins in Schutzhaft genommen, weil sie das zur Zeit bestehende Betätigungsverbot für konfessionelle Jugendverbände durch Veranstaltung von Zusammenkünften und geschlossenen Ausflügen umgangen hätten.

Gefängnis für Kritiker

Arbeit des Sondergerichts

Mannheim, 31. Aug. Das badische Sondergericht verurteilte den 27 Jahre alten Franz E. zu acht Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte am 15. Juni zu Bekannten gesagt: „Nur noch kurze Zeit, dann sind wir dran, dann jagen wir die Nazis in den Schnee. Im Kampf nur für eine Idee, und das ist der Kommunismus. Ich bin Kommunist und bleibe Kommunist.“

Mannheim, 31. Aug. Der 35 Jahre alte Gustav B. aus Mauerneim hatte am 1. Juni zu Nationalsozialisten gesagt: „Ich leid alle Verkäufer der Arbeiterklasse. Wartet mal ein Vierteljahr ab...“ Das badische Sondergericht verurteilte diesen Arbeiter, der im Vorjahr vom Schöffengericht Konstanz wegen einer ähnlichen Äußerung bereits verurteilt worden war, zu neun Monaten Gefängnis.

Mannheim, 31. Aug. Der 47 Jahre alte Anton R. aus Salzkittlen, der beschuldigt war, sich in abfälliger Weise über die heutige Regierung geäußert zu haben, wurde vom badischen Sondergericht zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Mannheim, 31. Aug. Das badische Sondergericht verurteilte über den Angeklagten Johann G. aus Dagen bei Lorrach, der je 15 Exemplare der „Baller Rundschau“, der „Roten Fahne“ und des „Baller Vorwärts“ über die Grenze gebracht hatte, zu neun Monaten Gefängnis.

Mannheim, 31. Aug. Wegen Verführung und Aufbebung von 500 Flugblättern, „Aufruf an die werktätige Jugend in Stadt und Land“, wurden die 19 Jahre alte Frieda B. aus Mannheim und der Mitangeklagte Eduard D. zu je acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Maurice stirbt für die Kommune

Von Emile Zola

Maurice beteiligt sich lebhaft an den Arbeiten der Kommune. Der Gegensatz zwischen „Paris“ und „Versailles“ verschärft sich immer mehr. Aber auch in der Kommune selbst machen sich Gegensätze und Eifersüchteleien bemerkbar. Aber vor allem ist es die gewaltsam betriebene Aushebung zur Nationalgarde, die eine wahre Flucht aus ihren Reihen veranlaßt. Zola schildert im vorigen Kapitel den allmählichen inneren Zusammenbruch des großartig begonnenen Werks.

Das Volk lebte noch immer nur von seinem Nationalgardisten-sold, den dreißig Sous, die aus den von der Bank von Frankreich requirierten Millionen gezahlt wurden, den dreißig Sous, für die viele sich schlugen und die eigentlich eine der Hauptursachen und den Existenzgrund des Aufstandes bildeten. Ganze Stadtviertel hatten sich geleert, die Läden waren geschlossen, die Häuser wie ausgestorben. In der hellen Sonne des wunderbaren Lenzmonats begegnete man in den verödeten Straßen nur noch dem wilden Prunke der Beerdigungen von Föderierten, die von dem Feinde getötet worden waren, Trauerzüge ohne Priester, die Särge mit roten Fahnen bedeckt, und dahinter die Menge, die Immortellensträuße trug. Die Kirchen waren geschlossen und verwandelten sich jeden Abend in Vereinsäle. Nur die revolutionären Zeitungen erschienen, man hatte die anderen unterdrückt. Das bedeutete die Zerstörung von Paris, dieses großen und unglücklichen Paris, das gegen die Nationalversammlung seinen Widerwillen als republikanische Hauptstadt bewahrte und in dem jetzt der Schrecken vor der Kommune, die ungeduldige Begierde, von ihr befreit zu werden, immer größer wurde angesichts der furchtbaren Geschichten, die man erzählte, von täglichen Verhaftungen von Geiseln, von Pulverfässern, die man in die Kanäle geschafft habe, wo angeblich Männer mit Fackeln wachten und nur auf ein Signal warteten.

Maurice, der niemals getrunken hatte, war nun von dem allgemeinen Rausch erfaßt, und er ging förmlich in ihm unter. Es kam jetzt manchmal vor, daß er, wenn er Dienst auf irgend einem vorgeschobenen Posten hatte oder die Nacht im Wachthause verbrachte, ein Gläschen Kognak annahm. Wenn er ein zweites annahm, geriet er, umweht von den Alkoholdünsten, die ihm über das Gesicht strichen, außer sich. Das war die um sich greifende Seuche, die chronische Trunkenheit, die die erste Belagerung hinterlassen und die zweite verschlimmert hatte, unter dieser Bevölkerung ohne Brot, die Schnaps und Wein in vollen Gläsern hatte und die nun, übersättigt von ein paar Tropfen in Delirium geriet. Das erste Mal in seinem Leben, am 21. Mai, einem Sonntag, kehrte Maurice betrunken gegen Abend nach der Ortiesstraße zurück, wo er von Zeit zu Zeit zu schlafen pflegte. Er hatte den Tag über noch in Neuilly verbracht, wo er sein Pulver verknalt und mit den Kameraden getrunken hatte, in der Hoffnung, die ungeheure Müdigkeit, die ihn bedrückte, überwinden zu können; dann hatte er sich, seiner Sinne nicht mehr mächtig, mit seiner Kraft zu Ende, von seinem Instinkt geleitet — denn er konnte sich nicht erinnern, wie er zurückgekehrt war —, auf das Bett in seinem kleinen Zimmer geworfen. Und erst am anderen Morgen, als die Sonne bereits hoch stand, weckte ihn der Lärm der Sturmglöcke, der Trommeln und Trompeten. Am Abend zuvor hatten die Versailler bei Point-du-Jour ein verlassenes Tor gefunden und waren unbehindert in Paris einmarschiert.

Als er sich in Hast angekleidet, das Gewehr über die Schulter gehängt hatte und hinabgestiegen war, traf er eine Gruppe Kameraden auf dem Bürgermeisterei des Bezirkes, die ihm die Ereignisse des Abends und der Nacht so verworden erzählten, daß es ihm anfangs schwer fiel, sie zu verstehen. Seit zehn Tagen, seit das Fort von Issy und die große Batterie von Montretout, unterstützt vom Mont Valérien, die Wallmauer beschlossen, war das Tor von Saint-Cloud unhaltbar geworden, und der Sturmangriff sollte am anderen Morgen stattfinden, als ein zufällig gegen fünf Uhr vorbeigehender Mann, der sah, daß niemand mehr das Tor bewachte, ganz einfach mit einem Wink die Wachtposten des Schützengrabens herbeirief, die sich kaum fünfzig Meter davon befanden. Ohne zu warten, waren zwei Kompanien des siebenundreißigsten Regiments einmarschiert. Hinter diesen kam das gesamte vierte Korps unter dem Befehle des Generals Douay nach. Während der ganzen Nacht waren die Truppen in ununterbrochener Flut hereingeströmt. Um sieben Uhr stieg die Division Vergé gegen die Grenellebrücke hinab und rückte bis zum Trocadero vor. Um neun Uhr nahm General Clinchamp Passy und La Muette. Um 3 Uhr morgens lagerte das erste Korps im Boulogner Wäldchen, während zur selben Zeit die Division Bruat die Seine überschritt, um das Tor von Sèvres wegzunehmen und dem zweiten Korps den Einmarsch zu erleichtern, das unter dem Befehle des Generals Cassey eine Viertelstunde später das Grenelleviertel besetzen sollte. Und so war am Morgen des 22. die Armee von Versailles Herrin vom Trocadero und von La Muette auf dem rechten Ufer und von Grenelle auf dem linken Ufer; und das alles inmitten der Verblüffung, des Zorns und der Verwirrung der Kommune, die bereits Verrat schrie und ganz bestürzt war bei dem Gedanken an die unvermeidliche Niederschmetterung.

Das erste Gefühl von Maurice, als er die Lage begriffen hatte, war, das Ende sei gekommen, es bliebe nur noch übrig, sich umbringen zu lassen. Die Sturmglöcke läutete un-
 aufgehörtlich, die Trommeln rasselten noch stärker, Weiber und selbst Kinder bauten an den Barrikaden, die Straßen füllten sich mit fieberhaft erregten Bataillonen, die in aller Eile vereinigt auf ihre Kampfposten liefen. Und von Mittag an entstand im Herzen der maßlos erregten Soldaten der Kommune die ewige Hoffnung wieder; sie waren entschlossen zu siegen, als sie sahen, daß die Versailler sich kaum gerührt hatten. Die Armee, die sie in zwei Stunden in den Tuileries zu sehen gefürchtet hatten, ging, durch ihre Niederlagen klüger gemacht, mit außerordentlicher Vorsicht vor, und sie übertrieb noch die Kampfweise, die die Preußen sie in so empfindlicher Weise gelehrt hatten. Im Stadthause organisierten und leitete der Wohlfahrtsausschuß und Delescluze

die Verteidigung. Einem Gerücht zufolge hatten sie einen letzten Versöhnungsversuch verachtungsvoll zurückgewiesen. Das entflamte den Mut, der Triumph von Paris wurde neuerdings zur Gewißheit, der Widerstand sollte überall ein grimmiger werden, wie der Angriff ein unerbittlicher werden sollte, dank dem durch Lügen und Grausamkeiten gesteigerten Hasse, der im Herzen der beiden Armeen brannte.

Maurice verbrachte diesen Tag in der Gegend des Champ des Mars und des Invalidenhauses, um sich langsam unter beständigem Gewehrfeuer von Straße zu Straße zurückzuziehen; er hatte sein Bataillon nicht widerfinden können, er schlug sich mit unbekanntem Kameraden, von denen er, ohne es zu merken, auf das linke Ufer geführt worden war. Gegen vier Uhr verteidigten sie eine Barrikade, die die Rue de l'Université bei deren Mündung auf die Invalidenplanade absperrte. Und sie verließen sie erst in der Dämmerung, als sie erfuhren, daß die Division Bruat, die längs des Kais herangekommen war, sich des Parlamentsgebäudes bemächtigt hatte. Sie wären beinahe gefangen worden und erreichten nur mit großer Mühe die Lillestraße, indem sie einen großen Umweg durch die Saint-Dominique- und die Bellechassestraße machten. Als die Nacht herniedersank, hielt die Armee von Versailles eine Linie besetzt, die von dem Tor von Vanves über das Parlamentsgebäude, den Elyséepalast, die Saint-Augustin-Kirche und den Bahnhof von Saint-Lazare bis zum Tor von Asnières ging.

Der nächste Tag, der 23., ein Dienstag mit einer hellen, warmen Frühlingssonne, war für Maurice schrecklich. Die paar hundert Föderierten, denen er angehörte und unter denen sich Leute von verschiedenen Bataillonen befanden, hielten noch den ganzen Stadtteil vom Kai bis zur Saint-Dominiquestraße. Aber die meisten hatten in der Lillestraße biwakiert, in den Gärten der dort befindlichen großen Privathäuser. Er selbst war auf einem Rasenplatz beim Palast der Ehrenlegion in tiefen Schlaf gesunken. Am Morgen glaubte er, daß die Truppen vom Parlamentsgebäude hervorbrechen würden, um sie hinter die starken Barrikaden der Bacstraße zurückzudrängen. Allein die Stunden vergingen, ohne daß der Angriff erfolgte. Man wechselte immer nur von einem Ende der Straße zum andern vereinzelte Kugeln. Der wohlüberlegte Plan der Versailler, den sie mit vorsichtiger Langsamkeit entwickelten, ging dahin, nicht mit der Front auf die furchtbare Festung zu stoßen, welche die Aufständischen aus der Tuilerienterrasse geschaffen hatten. Sie hatten einen doppelten Umgehungsmanöver gewählt, links und rechts längs der Wälle, um sich zuerst des Montmartre- und des Observatoireviertels zu bemächtigen und sich dann auf das gemeinsame Ziel zu werfen, um alle Teile der inneren Stadt wie mit einem ungeheuren Fangnetz in ihre Gewalt zu bekommen. Gegen zwei Uhr hörte Maurice erzählen, daß die dreifarbig Fahne auf dem Montmartre flatterte. Die große Batterie von Moulin de la Galette war von drei Armeekorps, die ihre Bataillone westlich durch die Lipic, die Saules- und Mont-Cenisstraße auf den Hügel geschickt hatten, gleichzeitig angegriffen und weggenommen worden. Und die Sieger überfluteten jetzt Paris, bemächtigten sich des Saint-Georges- und des Notre Dame de Lorette-Platzes, des Bürgermeisterei in der Drouotstraße und des neuen Opernhauses, während auf dem linken Ufer die vom Friedhof von Montparnasse ausgehende Schwenkung den Enferplatz und den Pferdemarkt eroberten. Mit Verblüffung, Wut und Schreck wurden die Nachrichten über die so schnellen Fortschritte der Armee aufgenommen. Wie, Montmartre war in zwei Stunden gefallen? Montmartre, die glorreiche, uneinnehmbare Feste des Aufstandes? Maurice nahm gut wahr, wie die Reihen sich lichteteten, zitternde Kameraden sich geräuschlos davonschlichen, sich die Hände wuschen und aus Furcht vor Gewaltmaßnahmen eine Bluse anzogen. Das Gerücht lief um, daß bei Croix Rouge eine Drehung sich vollzogen hätte und der Angriff vorbereitet würde. Schon waren die Barrikaden der Martignac- und Bellechassestraße genommen worden, und man sah die ersten Rothosen am Ende der Lillestraße. Es blieben nur noch die Überzeugten und Erbitterten übrig, Maurice und etwas über fünfzig andere, die entschlossen waren, zu sterben, nachdem sie möglichst viele Versailler erschossen hätten, die die Föderierten als Banditen behandelten und die Gefangenen hinter der Schlachtlinie erschossen. Seit gestern war der abscheuliche Haß gewachsen, es war der Kampf bis zur Vernichtung zwischen den Empörern, die für ihren Traum starben, und der Armee, die von reaktionären Leidenschaften glühte und außer sich darüber war, sich nochmals schlagen zu müssen.

Um fünf Uhr, als Maurice und seine Kameraden sich endgültig hinter die Barrikaden der Bacstraße zurückgezogen, indem sie feuernd von Tür zu Tür die Lillestraße hinabstiegen, sah er plötzlich einen dicken schwarzen Rauch aus einem offenen Fenster des Palastes der Ehrenlegion herausdringen. Es war die erste in Paris gelegte Feuersbrunst, und in dem Sturm des grimmigen Wahnsinns, der ihn mit fortriß, hatte er eine wilde Freude darüber. Die Stunde hatte geschlagen, da die ganze Stadt wie ein riesiger Scheiterhaufen aufflammte, da das Feuer die Welt reinigen sollte. Aber ein plötzlicher Anblick versetzte ihn in Erstaunen: fünf oder sechs Männer stürzten eilig aus dem Palast heraus, an ihrer Spitze ein großer Bursche, in dem er Chouteau, seinen ehemaligen Zugkameraden vom hundertundsechsten Regiment erkannte. Er hatte ihn bereits nach dem 18. März mit einem Käppi mit Goldfäden gesehen, und er fand ihn nun in noch höherem Range wieder, überall mit Goldfäden geziert, dem Generalstab irgendeines Generals zugeteilt, der nicht kämpfte. Er

Einsiedlers Sehnsucht

Von Friedrich Nietzsche

O Lebens Mittag! Feierliche Zeit!
 O Sommergarten!
 Unruhig Glück im Stehn und Spähn und Warten!
 Der Freunde harr ich, Tag und Nacht bereit:
 Wo bleibt ihr, Freunde? Kommt! 's ist Zeit! 's ist Zeit!

Im Höchsten ward für Euch mein Tisch gedeckt:
 Wer wohnt den Sternen
 So nahe, wer des Lichtes Abgrundsfernen?
 Mein Reich — hier oben hab ichs mir entdeckt —
 Und all dies mein — ward's nicht für euch entdeckt?

Nun liebt und lockt euch selbst des Gletschers Grau
 Mit jungen Rosen.
 Euch suchet der Bach, sehnsüchtig drängen, stoßen
 Sich Wind und Wolke höher heut ins Blau,
 Naht euch zu spähn aus fernster Vogelschau — — —

Da seid ihr, Freunde! — Weh, doch ich bins nicht,
 Zu dem ihr wolltet?
 Ihr zögert, staunt — ach, daß ihr lieber grölltet!
 Ich bins nicht mehr? Vertauscht Hand, Schritt, Gesicht?
 Und was ich bin, euch Freunden bin ichs — nicht?

Ein anderer ward ich und mir selber fremd?
 Mir selbst entsprungen?
 Ein Ringer, der zu oft sich selbst bezwungen.
 Zu oft sich gegen eigne Kraft gestemmt,
 Durch eignen Sieg verwundet und gehemmt? —

Ich suchte, wo der Wind am schärfsten weht,
 Ich lernte wohnen.
 Wo niemand wohnt, in öden Eisbäzonen,
 Verlorne Mensch und Gott, Fluch und Gebet,
 Ward zum Gespenst, das über Gletscher geht.

Ein schlimmer Jäger ward ich: seht, wie steil
 Gespannt mein Bogen!
 Der Stärkste wars, der solchen Zug gezogen —
 Doch wehe nun! Ein Kind kann jetzt den Pfeil
 Drauf legen: fort von hier! Zu eurem Heil! —

Ihr alten Freunde! Seht, nun blickt ihr bleich,
 Voll Lieb und Grausen!
 Nein, geht! Zürnt nicht! Hier — könntet ihr nicht hausen!
 Hier zwischen fernstem Eis- und Felsenreich —
 Da muß man Jäger sein und gemsgleich.

Ihr wendet euch? — O Herz, du trugst genug!
 Stark blieb dein Hoffen!
 Halt n e u e n Freunden deine Türe offen,
 Die alten laß! Laß die Erinnerung!
 Warst einst du jung, jetzt — bist du besser jung!

Nicht Freunde mehr, — das sind, wie nenn ichs doch?
 Nur Freund-Gespenster!
 Das klopft mir wohl noch nachts an Herz und Fenster,
 Das sieht mich an und spricht „wir warens doch?“
 — O welches Wort, das einst wie Rosen roch!

Und was uns knüpfte, junger Wünsche Band, —
 Wer liest die Zeichen.
 Die Liebe einst hineinschrieb, noch, die bleichen?
 Dem Pergament vergleich ichs, das die Hand
 Zu fassen s c h e u t — ihm gleich verbräunt, verbrannt! —

O Jugendsehnen, das sich mißverstand!
 Die ich ersehnte,
 Dich ich mir selbst verwand-verwandelt wähnte —
 Daß a l t sie wurden, hat sie weggebannt:
 Nur wer sich wandelt, bleibt mit mir verwandt!

O Lebens Mittag! Zweite Jugendzeit!
 O Sommergarten!
 Unruhig Glück im Stehn und Spähn und W...
 Der Freunde harr ich, Tag und Nacht bereit: —
 Der n e u e n Freunde! Kommt! 's ist Zeit! 's ist Zeit!

(Gesammelte Briefe Bd. III, S. 243.)
 Aus Nietzsches Briefen an H. v. Stein-

erinnerte sich dessen, was man ihm erzählt hatte. Dieser Chouteau habe sich im Palast der Ehrenlegion niedergelassen und lebe da in Gesellschaft einer Geliebten in beständiger Schlemmerei; er strecke sich gestieft und gesponnt auf den großen und kostbaren Betten aus und zertrümmere des Spasses halber die Spiegel mit Revolverschüssen; seine Geliebte fahre jeden Morgen unter dem Vorwande, ihre Einkäufe in den Hallen zu besorgen, in einem Galawagen aus und schaffe ganze Päckel gestohlener Wäsche, Stockuhren und selbst Möbel beiseite. Als Maurice ihn und seine Leute mit einer Petroleumkanne in der Hand laufen sah, empfand er ein Unbehagen, einen furchtbaren Zweifel, in dem er seinen ganzen Glauben schwankend werden fühlte. Das schreckliche Werk konnte also doch ein schlechtes sein, da solch ein Mensch daran mitarbeitete?

(Fortsetzung folgt.)

Upton Sinclairs Stimme

New York, 1. September.

Upton Sinclair, der bekanntlich als Kandidat der demokratischen Partei für den Posten des Gouverneurs von Kalifornien bei den Wahlen in der Partei nominiert wurde, hat Mittwoch im Radio eine Rede gehalten, die über alle kalifornischen Sender verbreitet wurde und in der er auf Hitler anspielte.

„Es ist außerordentlich bedauerlich“, so erklärte Sinclair, „daß ein Demagoge die Macht in Deutschland an sich gerissen habe und daß ein großes zivilisiertes Land in die Hände von Gangstern gefallen ist.“

Austro-Faschismus

Seitz weiter in Haft!

Wien, 31. August. Bürgermeister Seitz wird auch seit seiner Ueberführung in ein Sanatorium als Häftling behandelt. Er darf sich nicht frei bewegen, darf keine Besuche empfangen. Vor seinem Krankenzimmer halten ständig zwei Kriminalpolitisten Wache. Es ist also nicht wahr, daß Bürgermeister Seitz, der seit einem halben Jahr in Untersuchungshaft gehalten wird, ohne daß jemals ein Prozeß gegen ihn stattfinden wird, von der Kastierung Schwinnung freigelassen wurde. Seitz ist weiter Untersuchungshäftling, freigelassen wurde, nur mit dem Unterschied, daß er seinen Aufenthalt in der Heilanstalt selbst bezahlen muß. Uebrigens muß er der Polizei die Kosten der Kriminalpolizei ersetzen, die ihn bewachen. Geändert hat sich also nur die Bezahlung.

Auch die Austro-faschistischen Funktionäre sind weiter in Haft, obwohl auch gegen sie niemals ein Prozeß stattfinden wird. Stadtrat Dr. Danneberg ist vorübergehend wegen einer schweren Stirnhöhlerkrankung im Spital, soll aber wieder ins Gefängnis zurückgebracht werden. General Körner sitzt seit mehr als einem halben Jahr im Untersuchungsgefängnis. Selbst die Gesundheit dieses alten Soldaten hat schwer gelitten. Trotzdem wird er weder entlassen, noch vor den Richter gestellt. General Scheller, der niemals eine Funktion in der faschistischen Partei oder im Schutzband bekleidete, wird weiter im Konzentrationslager gehalten. Die Brutalitäten des Austrofaschismus sind also durchaus nicht gemildert.

Das ökumenische Konzil

Die Hitler-Kirche in bedrängter Lage

Kopenhagen, 31. August. (Dava.) Wie die „Berliner Tage“ aus Lund berichtet, hat die Ankunft des deutschen Oberkirchenrates Birnbaum am ökumenischen Kongreß der christlichen Kirchen großes Aufsehen erregt. Es ist noch nicht bekannt, welche Haltung Birnbaum einnehmen wird. Man weiß nur, daß der Sonderbeobachter des deutschen Kultusministers Jaeger, Prof. Eilenhut, nach Berlin zurückgerufen wurde, um Bericht zu erstatten. Bischof Dedeckel von einem Beamten der Deutschen Wehrmacht in der Schweiz überwacht worden und Berlin habe Dedeckel versprochen, daß man dort wisse, was er in seinen privaten Besprechungen sage. Bischof Dedeckel habe sein Möglichstes getan, zu verhindern, daß eine zu heftige Resolution gegen seine Kirche angenommen werde. Das alles zeigt, daß die deutsche offizielle Kirche noch lange nicht einig sei und es könne gesagt werden, daß die deutschen Delegierten in Lund unter der ständigen Furcht vor Berlin lebten.

Blitzschlag ins Flugzeug

London, 1. Sept. Die „Daily Mail“ meldet, wurde am Freitag ein Passagierflugzeug auf dem Wege von Paris nach London mitten über dem Ärmelkanal während eines plötzlichen Ausbruches des Gewitters vom Blitz getroffen. Das Gefährt des Flugzeugführers, sein linker Arm und die linke Hälfte seiner Kleidung wurden verlesen, aber der elektrische Schlag war nicht stark genug, um ihn dienstunfähig zu machen. Er brachte das Flugzeug glücklich bis an seinen Bestimmungsort. Der Funkapparat wurde zerstört. Die Ursache des

merkwürdigen Unfalls wird darin erblickt, daß die Blitzfähigkeit des Gewitters dem Fahrpersonal keine Zeit gelassen hatte, den Reglern entsprechend den Funkaufnahmegeräten außer Betrieb zu setzen.

„Kraft durch Unterschlagung“

Der nationalsozialistische Betriebsobmann Gustav Alberts in Duisburg-Naar ist wegen Unterschlagung von 1200 Mark,

Stimmenmehrheit für Rußland?

Um den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund

Paris, den 1. September.

Die französischen Morgenblätter kündigen die Aufnahme Rußlands in den Völkerbund als die Hauptaufgabe der Völkerbundtagung an.

„Echo de Paris“ sagt, Frankreich und Großbritannien müßten alles tun, um die Zweidrittel-Mehrheit, die notwendig für den Eintritt ist, zu erreichen.

„Intransigent“ meint, daß Rußland in bereits seine Bedingung, es wolle keinen Beitritt nur bei einheitlichem Votum vollziehen, fallen gelassen habe, und daß daher die vorgekehrte Zweidrittel-Mehrheit für seine Zulassung wohl vorbanden sein werde. Denn es ist nicht anzunehmen, daß die Opposition die notwendigen 18 Stimmen wird vereinigen können. Der Beitritt Rußlands, so sagt das Blatt, sei von ungeheurer Wichtigkeit für Welt, denn ein Land, das 180 Millionen Menschen vertritt, sei für das Gleichgewicht der Welt ein nicht zu unterschätzender Faktor. Daher solle Rußland in den Völkerbund eintreten.

Nach dem „Petit Parisien“ dürfte die Aufnahme Sowjetrußlands in den Völkerbund wohl die Regierung stark beschäftigen. Nur die Aufnahme seien, soweit bis jetzt bekannt, Frankreich, Großbritannien, Italien, dagegen seien die Schweiz, Holland, einige südamerikanische Staaten, Kanada und vielleicht noch andere Länder. Trotzdem würde Rußland die Stimmenmehrheit zur Aufnahme erhalten. Aber es sei eine andere Frage, ob die zur Erlangung eines künftigen Ratifizierung erforderliche Einstimmigkeit erzielt werde.

Nach dem „Petit Journal“ sei die Entscheidung über die Frage eines künftigen oder nichtkünftigen Ratifizierung für Rußland vorläufig zurückgestellt worden. Sie werde, die Einstellung des Völkerbundes Einfluß haben.

die ihm für Urlaubsreisen von Bergarbeitern anvertraut worden waren, zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

„Greuelmärchen“ im Gefängnis

Das Berliner Sondergericht verurteilte den Angeklagten Falk, der im Gefängnis „Greuelmärchen“ verbreitet hatte, zu einem halben Jahre Gefängnis.

Polnische Einwände

Warschau, 1. Sept. Der polnische „Kurier Polski“, das Blatt der regierungstreuen Industriellen, erinnert daran, daß Polen auf der nächsten Völkerbundversammlung die Verallgemeinerung der Verträge zum Schutze der Minderheiten verlangen wolle. Rußland sollte nur, wenn es sich in dieser Richtung binden würde, zum Völkerbund zugelassen werden.

Auch „Kurier Polski“ stellt sich auf diesen Standpunkt. Im übrigen meint das Blatt, es müßten an Rußland die gleichen Forderungen gestellt werden, die man seinerzeit an Polen, als dieses dem Völkerbunde beitrug, gestellt habe. Außerdem wenden sich die polnischen Blätter dagegen, daß Rußland einen künftigen Einfluß erhalten solle, während Polen noch immer nur einen nichtständigen Ratifizierung habe.

Ablehnung in der Schweiz

Die „Neue Zürcher Zeitung“ fordert eine Prüfung Rußlands vor Aufnahme in den Völkerbund, die analog derjenigen sein sollte, die man seinerzeit Deutschland unterzogen habe. Geschehe dies nicht, so würde die Schweiz noch dem Eintritt Rußlands in den Völkerbund aus wohl erwogenen Gründen ausweichen.

Die Schweizer „Vigil für Christentum“ polemisiert in einer längeren Auslassung im Namen der Menschlichkeit gegen die in Rußland geübte Unterdrückung der religiösen Freiheit. Aus diesem Grunde müsse die Vigil für Christentum auch gegen die Zulassung Rußlands zum Völkerbund protestieren.

Räuberbande gegen Chorbis-Express

Hundert Banditen

verübten einen folgenschweren Anschlag auf die Ostindien'sche Bahn

Shanghai, 1. Sept. Ein neuer schwerer Zwischenfall, der in Verbindung mit dem russisch-japanischen Konflikt um die ostchinesische Bahn sehr ernste Folgen haben kann, hat sich im Fernen Osten ereignet. Banditen überfielen in der Nacht den Chorbis-Express „Hsinling-Chorbis“. Dem Eisenbahnattentat fielen fünf Reisende zum Opfer, über hundert Personen wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Unter den Toten befanden sich drei japanische Professoren, Mitglieder der kaiserlichen Unteroffiziers in Tokio, achtzig Passagiere des Nachtzuges wurden von den Attentätern entführt, unter den Gefangenen Geiseln befinden sich zwei japanische Offiziere und eine japanische Staatsangehörige.

Der Anschlag wurde in der Nähe der Stadt Hwang chen Tsao verübt. Eine mehr als hundertköpfige Räuberbande hatte die Wägen der Schienen gelöst, die Schwellen beseitigt und die Weiche auf einer Strecke von über 200 Meter aufgerissen. Der Chorbis-Express konnte von dem Lokomotivführer nicht mehr rechtzeitig zum Halten gebracht werden und entgleiste. Die Waggons schoben sich ineinander und führten die Böschung hinab. Kurz nach dem Unfall türzten sich die Banditen, die im Hinterhalt verborgen gelegen hatten, auf den

Zug zu und plünderten den Postwagen und die Reisenden aus, ohne sich durch die Schmerzschreie der unter den Trümmern Liegenden hören zu lassen; 80 Passagiere, die sich in den letzten Wagen befanden und mit heller Haut von Gefangenen waren, wurden von den Banditen mit Waffengewalt gezwungen, sich zu ergeben und ihnen als Geiseln zu folgen. Die Polizeibehörden haben die Verfolgung der „Vandalen“ sofort aufnehmen lassen. Von der Polizei in Shanghai wird noch mitgeteilt, daß sich keine Europäer oder Amerikaner im Zug befunden hätten.

Immer neue Schreckenmeldungen laufen über das Eisenbahnunglück ein. Während im Anfang die Toten mit fünf angegeben wurden, scheint bereits festzustehen, daß nicht weniger als achtzehn Personen bei der Entgleisung ums Leben gekommen sind. Vier Waggons sind gänzlich zerstört. Die Banditen scheuten nicht davor zurück, Passagieren die Finger und Ohren abzuschneiden, um sich in den Besitz von Ringen und Ohrringen zu setzen. Sie taten dies auch bei Schwerverletzten, die in den Trümmern des Zuges eingeklemmt waren.

Straburger Wochenschau

Straburg, den 31. August 1934

Die Stadt der Fremden

Der Ferienmonat August war erfüllt von einem unablässig drängenden Fremdenstrom. Wer in diesen Tagen die Stadt durchwanderte, der begegnete überall den mächtigen Fremdenverkehrsautobussen, die voll besetzt den Straburger Sehenwürdigkeiten zustreben. In größeren und kleineren Gruppen pilgerten die aus aller Herren Länder kommenden Reisenden durch die viel gepriesene Stadt, bestaunten das ehrwürdige Münster und die astrologische Uhr, ließen sich von dem Zauber der stillen Gassen gefangen nehmen und vergaßen auch nicht den weltbekannten Gaststätten ihren Besuch abzustatten, sich an den elsässischen Weinen und Spezialitäten sonstiger Art labend. Am alten Fischmarkt gabs sogar schon neuen Wein, der alkoholfrei und „ungefährlich“ trefflich mundete.

Die neunte Straburger Mustermesse

Auf dem ausgedehnten Gelände am Wacken wird am heutigen Samstag die neunte Straburger Mustermesse eröffnet. Die Messe wird wieder wie in den vergangenen Jahren das Interesse des kaufenden Publikums in hohem Maße auf sich lenken. Sie ist mit einer großartigen Kochkunstausstellung verbunden. Die gesamte Ausstellung nimmt einen Raum von 64 000 Quadratmeter ein. Zur Unterbringung eines Salon d'Automobile wurde eine neue Halle von 80 Meter Länge und 32 Meter Breite errichtet. Von besonderen Veranstaltungen während der Messetage seien erwähnt: Luxemburger und Schweizer Tage sowie der Tag des Franco Comté, burger und Schweizer Tage sowie der Tag des Franco Comté, eine Rallye Automobile, die am zweiten Ausstellungssonntag eine Rallye Automobile, internationale Pressetage, Rallye zur Austragung kommt, internationaler Pressetag, Rallye für Aerien, internationaler Fechtturnier, Musikwettbewerb, Blumenkorso, Nachtfest, außerdem Kinderfeste und einige Militärkonzerte. Der Ausstellung, die vom 1. bis 16. September Lage sind, die Taxe zu tragen. Die Wirtel hielten schon meh-

Streit um die Biersteuer

Zwischen den Brauereien und den Restaurateuren ist ein heftiger Streit um die Steuer entbrannt, wer die neue Bier-

taxe von 350 Fr. pro Hektoliter tragen soll. Die Brauereien möchten diese Steuer gerne auf die Wirtel abwälzen, diese wiederum sind der Meinung, daß die Brauer leichter in der Lage sind, die Steuer zu tragen. Die Wirtel hielten schon mehrere Versammlungen ab. In einer der letzten beschlossen sie, sich mit aller Gewalt der Ansicht der Brauer zu widersetzen, die Steuer auf keinen Fall zu übernehmen und es eventuell sogar auf einen Bierstreik ankommen zu lassen. Wer die wichtige Rolle kennt, die das Bier im Leben der Straburger spielt, der begreift auch die Leidenschaftlichkeit, mit der die Interessenten in dieser Streitfrage gegeneinander antreten.

Schwarzhemden im Straßenbild

Seit einigen Tagen sind hier die schwarzen französischen Faschisten in Uniform zu beobachten. Sie tragen schwarze Hemden und treten an verschiedenen öffentlichen Plätzen der Stadt als Verkäufer ihrer Zeitung auf. Ihr Auftreten verursacht schon öfters zu Rausereien, in deren Verlauf die Polizei eingreifen mußte.

Die Trikolore über dem Hakenkreuz

Eine besondere Überraschung erlebte der Besizer eines deutschen Wagens, der die Hakenkreuzflagge mit sich führte. Als er seinen Wagen, der am Kleberplatz stand, abfahren wollte, stellte er fest, daß die Hakenkreuzflagge mit einer Trikolore überklebt war. Die Ursache war folgende: eine empörte Menge versuchte zuerst die Hakenkreuzflagge zu entfernen. Als sie ein Schutzmann darauf aufmerksam machte, daß dies nicht gestattet sei, griff die Menge zur List und überklebte das verhasste Abzeichen mit einer Trikolore. Daraufhin entfernte der Besizer aus eigenem Antrieb die Aergernis erregende Flagge.

Dreißig kaufen die „Deutsche Freiheit“

Einem Verkäufer unserer Zeitung passierte vor einigen Tagen ein interessantes Erlebnis. Er traf vor dem Hauptbahnhof einen großen Ausflugsomnibus mit deutschem Kennzeichen. Weil er wußte, daß Deutsche, die in größeren Mengen hier auftauchen, aus bekannten Gründen die „Freiheit“ nur selten kaufen, wollte er, ohne eine Zeitung anzubieten, an dem Omnibus vorbeigehen. Der Chauffeur hatte ihn jedoch entdeckt und winkte ihm, näher heranzukommen. Nach

einigem Zögern kam das Verkaufsgeschäft in Gang. Alle dreißig Insassen des Autobus kauften sich je eine „Freiheit“, in deren Lektüre sie sich sofort vertieften. Dadurch, daß jeder dieses „hochverräterische“ Blatt kaufte, schützten sie sich vor späterer Denunziation. Die Goebbelschen Schimpfkanonaden gegen unsere Zeitung erhöhen ihre Beliebtheit, wie Beispiel zeigt. Wir danken dem Herrn Propagandaminister!

Achtung Fotoamateure

Es ist wichtig, einen Erlaß in Erinnerung zu bringen, der den Fotografen verbietet, ohne besondere Erlaubnis in einem Umkreis von weniger als zehn Kilometer von einem militärischen Werk oder Gebäude zu fotografieren. Fremde sollten diese Anordnung besonders gut beachten, sie können sich dadurch vor mancherlei Unannehmlichkeiten.

Unwetter über dem Mittelmeerraum

Schwere Unwetter suchten in den vergangenen Tagen das fruchtbare Mittelmeerraum heim und richteten vieler Orts verheerende Verwüstungen an. Beschädigt wurden meistens Tabakkulturen und Weinberge. Der Gesamtschaden in der Schlettstadter und Benfelder Gegend beläuft sich auf mehrere Millionen Franken.

Wieder ein Straburger in Kehl verhaftet

Ein Straburger Bürger, Herr Max Fugger, der sich mit dem Fahrrad öfters nach Kehl zu Bekannten begab, wurde am 28. August, als er wieder einmal eine Fahrt nach Kehl unternahm, an der Rheinbrücke von deutschen Polizeibeamten verhaftet. Er wurde einem peinlichen Verhör unterzogen, indem er Auskunft über den Zweck seiner Besuche geben sollte. Diese Auskunft genügte aber den Beamten nicht. Sie lieferten Fugger ein Gefängnis ein. Dort wurde er noch mehrmals vernommen, wobei man ihm vorwarf, verbotene Zeitungen nach Kehl gebracht zu haben. Einen Beweis dafür konnten die Nazis jedoch nicht erbringen. Nach vierzehntägiger Haft wurde der Mann wieder auf freien Fuß gesetzt, seine Grenzkarte nahm man ihm aber ab. Herr Fugger teilt weiter mit, daß noch 17 Straburger im Kehler Bezirksgefängnis sitzen, davon der größte Teil wegen Devisenschmuggels.

E. D.

Pariser Berichte

Die großen Luftmanöver

(Von unserem Korrespondenten)

Paris, 1. September.

Die gesamte französische Presse bringt spaltenlange Berichte über die großen Luftmanöver, die augenblicklich über Paris stattfinden, und die ähnlich wie vor einigen Wochen die Londoner Manöver dem Generalstab Aufklärung bringen sollen, bis zu welchem Grade ein Luftschutz der Hauptstadt möglich ist.

Gallus schreibt dazu im „Intransigeant“, die Flugzeuge, selbst wenn sie erwartet seien, selbst wenn ihr Angriff durch die Angegriffenen selbst vorbereitet sei, kämen, ohne gesehen zu werden, trafen kein Hindernis und vollendeten ihre Aufgabe. Daraus scheint hervorzugehen, daß es keinen Luftschutz, sondern nur einen Luftangriff gebe. In einem Zukunftsbericht könnten die deutschen Flieger Paris nach Belieben verwüsten und Frankreich könnte nichts tun, als seinerseits Berlin zu verwüsten.

Das wäre vielleicht ein beachtenswerter Hinderungsgrund für einen Angriff, denn der deutsche Generalstab würde sich sagen, wenn er Paris zerstöre, so würden wir dafür Berlin zerstören und werde Nancy mit Bomben belegt, so geschehe das gleiche mit Köln. Er würde sich also fragen, ob Interesse für dieses schreckliche Spiel und seine unvermeidlichen Vergeltungsmaßnahmen bestünde, oder ob es nicht den wahrscheinlichen Erfolg dahingestellt sein lassen würde.

Diese Frage müßten selbst die Blinden nach den französischen und englischen Luftmanövern mit unerbittlicher Klarheit stellen. „Der Luftkrieg“, so sagte Gallus, „ist kein Kampf, in dem der mächtigere und geschicktere siegt. Er ist eine Kette von Zerstörungen, in der es nicht Sieger und Besiegte, sondern nur Opfer auf beiden Seiten gibt. Ich tute und folglich werde ich getötet. Der Mörder wird bald ein Selbstmörder sein. Der Angriff ist unabwendbar, aber der Gegenangriff auch. Und es gibt für die Menschheit dagegen ein Mittel: auf die militärische Luftschiffahrt zu verzichten und sich zu verpflichten, kein Handelsflugzeug zu kriegerischen Zwecken zu verwenden.“

Aber wird das geschehen? Wir wünschten es. Aber die Frage bleibt, ob unsere Nachbarn, Freunde oder Gegner, auch in diese Abmachung willigen. Es heißt, daß die Frage in Genf gestellt werden wird. Warten wir ab ...

Suzanne und ihr geheimnisvolles Kleid

Eine Französin, Fräulein Suzanne Biget hat ein Bekleidungsstück erfunden, das nach ihrer Behauptung unversehrbar, unbrennbar, undurchlässig gegen Frost, Wasser und Feuchtigkeit ist und auch siegreich gegenüber der zerstörenden Wirkung von Säuren und der Zeit sein soll. Um zu beweisen, daß dieses Kleidungsstück tatsächlich all diese erstaunlichen Eigenschaften besitzt, hat Fräulein Biget Mittwoch in aller Öffentlichkeit mit ihren Versuchen begonnen. Ein zahlreiches Publikum von Journalisten, Fotografen, Kinoreportern usw. war zugegen. Die ersten Versuche fanden bei der Insel Jatte in der Seine auf einem verankerten Brückenkahn statt. Ihre Begleiter warfen über Fräulein Biget einen mit Brennstoff getränkten Schleier, den sie anzündeten. Der Schleier verbrannte, während Fräulein Biget dank ihrer Bekleidung, die ein Mittelding zwischen Mechaniker- und Fliegeranzug darstellt und braun ist, unversehrt blieb. Dann ging Fräulein Biget ins Wasser und zwar zwischen die Schwimmer einer Eisfabrikationsanlage, da wo bereits das Wasser den Gefrierpunkt erreicht hat. Ihr ruhiges lächelndes Gesicht zeigte, daß die Kälte nicht durch ihre Bekleidung durchdringen konnte.

In einigen Tagen wird sie den Kanal durchschwimmen und zwar wird sie sich durch ein Boot schleppen lassen. Sie wird sechs Stunden im Wasser bleiben und sie hofft auch den Nachbarn jenseits des Kanals beweisen zu können, daß dieser lange Aufenthalt im Wasser ihr gut bekommen ist dank ihrer neuen Bekleidung.

Ins Futter eingenäht

640 000 Franken, 60 000 Dollar

In Lyon ist der Polizei ein guter Fang geglückt. Sie verhaftete dort den Komplizen eines flüchtigen Pariser Bankiers, der verschiedene Lotteriegewinne seiner Kundschaft, darunter einen von einer halben Million Franken einkassierte und dann Ende April verschwand.

In einem kleinen Hotel wohnte ein ärmlich gekleideter Mann, der sich im Hotel unter dem Namen Raymond Pontonnier eingetragen hatte, auf der Polizei aber angab, Jean Cabot zu heißen und eine Wählerkarte auf den Namen Lucien Duchesne besaß. Der Fremde hatte teils in ein Taschentuch eingebunden, teils in das Futter seines fadoanheinigen Anzuges eingenäht 640 000 Franken und für etwa 60 000 Franken Dollars und andere fremde Noten. Er behauptet dieses Vermögen im Spiel in den Kasinos der Côte d'Azur gewonnen zu haben, gab aber von der Polizei in die Enge getrieben zu, daß er in Wahrheit Albert Decerf heißt und der Helfershelfer eben jenes flüchtigen Bankiers war. Decerf bleibt aber bei seiner Behauptung, daß das gefundene Geld sein Eigentum sei und zum Teil aus einem Lotteriegewinn stamme.

Antrag zum 30. Weltfriedenskongreß

Den 30. Weltfriedenskongreß, der am 1. September 1934 in Locarno zusammentritt und die organisierten Pazifisten der ganzen Kulturwelt vertritt, wird ein Antrag der Straßburger Sektion der deutschen Liga für Menschenrechte beschäftigt. Die Liga hat durch die Hand des Maire von Locarno den Präsidenten des Kongresses, den belgischen Senator La Fontaine, gebeten, sich in einer Resolution nachdrücklich gegen die unmenschliche Behandlung der deutschen Pazifisten durch das „dritte Reich“, gegen die völlig widerrechtliche Zerschlagung der pazifistischen Organisationen zu erklären und vor allem für die sofortige Freilassung aller Friedensfreunde, insbesondere von Küster und von Ossietzky, einzusetzen.

Wie Miß Sinclair-Lewis Goebbels und die Seinen erlebte

London, 31. August. Mrs. Sinclair-Lewis (Thomson), die Gattin des amerikanischen Schriftstellers, referierte am Mittwochabend über die Umstände ihrer Ausweisung aus Deutschland. Sie betonte einleitend, daß sie die erste amerikanische Journalistin sei, die aus Deutschland ausgewiesen worden sei. Alle ausländischen Zeitungskorrespondenten in Berlin hätten ihr bei diesem Anlaß ihre Sympathie ausgedrückt. Die von Reichsminister Goebbels ihr gegenüber eingenommene Haltung sei als symptomatisch von den ausländischen Zeitungskorrespondenten angesehen worden. Mrs. Sinclair-Lewis stellte fest, daß die Isolierung der nationalen sozialistischen Revolution vor der Weltöffentlichkeit einzig in ihrer Art sei. Wenn Deutschland erklärte, es werde nicht

verhandeln, so ist der Grund nicht in einer Art Verschönerung unter den ausländischen Zeitungskorrespondenten zu suchen, die den verschiedenen politischen Ansichten huldigen. Der wahre Grund sei in dem vom Reichsminister Goebbels verfolgten Justifizierungsprogramm zu suchen. Die nationalsozialistische Regierung kümmere sich nicht darum, ihre Taten mit ihren Worten in Einklang zu bringen. Wenn sie manchmal gerührt habe, ihre Haltung zu erklären, so habe sie das mit solch eigenartigen Argumenten getan, daß kein ernsthafter Journalist sich von ihnen beeinflussen ließ.

Endlich erklärte Mrs. Sinclair-Lewis, daß die Tätigkeit eines Journalisten in Deutschland fast unmöglich geworden sei, dank der Wachsamkeit der Geheimpolizei. Der ausländische Journalist laufe Gefahr, seine Freunde in Deutschland in Gefahr zu bringen durch einfache Aufrechterhaltung von Beziehungen zu ihnen.

BRIEFKASTEN

Pfäler. Sie überleben und eine Pfäler Zeitung, die ein schöner Beweis dafür ist, wie sehr die Leute, die mit Rein gestimmt haben, unbedeutend bleiben. Das Blatt berichtet: „Klingensmüller, 22. Aug. Weibern war unter der Zeit in großer Aufregung. Beamte der Kriminalpolizei Ludwigshafen verhafteten mehrere Angehörige der D.D., die Versöhnungsarbeit tat. Den Verhafteten wird zur Last gelegt, verbreitete Versammlungen und Gedenksitzungen an abgelegenen Stellen auf dem Treitelkopf abgehalten zu haben. Von hier wurden verhaftet: Jakob Bernzort, Adrian Stroh, Karl Vong, Heinrich Langer, ferner zwei Personen aus Ell und drei aus Geddlingen; weitere Verhaftungen haben bevor. Die Untersuchung hat bei einzelnen Häftlingen schon bemerkenswertes Material ergeben. Hoffentlich gelingt es, den ganzen Verd zu erfassen, insbesondere den oder die geistigen Anführer und Ausführende. — Nun eröffnen sich auch die 48 Reichstimmungen vom Sonntag.“

Pandora. Ihnen haben wir für die Uebersetzung der „Firmamenten Zeitung“ (Nr. 198) zu danken, die über die Saarlandgebung von Ehrenbreitstein berichtet: „Die Saarländer leben überall im Mittelpunkt der allgemeinen Freude. Erst werden die Wienen der Zuhörer nur dann, wenn die Wähe von ihren Verleiden und Bedrückungen erzählt, wenn sie davon sprechen, was sich die art- und landfremden Elemente des Saarlandes Tag für Tag auszubilden kommen lassen an Quälereien, Demütigungen, heimtückischen Angriffen auf alles, was im Saarland deutsch heißt und deutsch ist. Aber die Freude, endlich einmal — und sei es auch nur für einen oder zwei Tage — aus all dem Nummer und Leid herausgenommen worden zu sein, überflingt doch immer wieder alle schweren und ernten Gedanken. Man freut sich, unter den deutschen Brüdern und Schwestern zu sein, ohne Angst und Sorge das sagen zu dürfen, was einen drückt und solange schon gequält hat.“ — Endlich waren die Saarländer im Land der freien Rede und der weniger freien Konzentrationslager! Mähendhaft lagen in Koblenz die Steine, die ihnen vom Deutschen gefallen waren.

Mein Volkstümliches-Freund. Es ist leider richtig. Der alte Kurt Boake von der Zeitung der einflussigen „Volkstümliche“, nach der Um-

wälzung von 1918 einige Zeit Staatssekretär und Chef der Reichsfinanz, wandelt schwerfällig hinter der Fahne Hitlers. Er ist einer der Schuldigen an der sinken Gleichschaltung der „Volkstümliche“ und ihres Berliner schönen Theaterhauses. Heute steht sie nicht mehr unter der Leitung sorgfältig wählender, ihren Mitgliedern verantwortlichen Männern und Künstler. Sie ist dem Führerprinzip untergeordnet: Führer ist der Intendant Graf Solms. Es ist bloß keine „Gefolgenschaft“ mehr da, außer „Kraft durch Freude“. Das aber ist keine Angelegenheit des Theaters, sondern des Kommandos.

Literatur

„Die Neue Weltbühne“, Frau X. Siskova etc. Die neue Nummer bringt einen prinzipiellen Artikel zur Einheitsfront von S. Kufhäuser. Ueber englische Politik schreibt J. Halperin, „Bern-Luz“ heißt der Artikel von Hermann Sudziska. Außerdem enthält die Nummer einen Aufsatz von Werner Lark zur Gründung der Freiheitbibliothek in Prag, ein Porträt von Waldemar Grimm-Weigener, die Wochenschau des Weltfaschismus und des Widerstandes und einen Aufsatz von einem Japaner über japanische Bauern.

Das „Neue Tagebuch“ (Nr. 35) ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt: Die Bohem; Studenten erwachen; Was ist Schachtel-Terror?; Was kauft Diamanten; Leopold Schwarzschild; „Es muß was geschehen“; Joachim Galetz; Der Tod gibt eine Bilanz; „Eine besondere schmutzige Methode“; Joseph Roth; Die Juden und die Aibelungen; Ludwig Marcuse; Gradus von Wien; Miniaturen.

„Europäische Feste“, Nr. 30, soeben erschienen. Aus dem Inhalt: Umichau; Gregor Plekusch; Japan zwischen Krieg und Frieden; Bernhard Renne; USA-Kaisertum am Pazifik; Bill Schömann; Die Weltreich Großmacht?; Stanislaw Wielcinski; Polnische Staatskräfte Und wenn der Krieg ausbricht?; Erich Wollenberg; Klimow und die „Einheitsfront“; Kojzen.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pich in Tübingen; für Interate: Otto Kub in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Bertan der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schlegelstraße 5. — Schlegelstraße 776 Saarbrücken.

GOTTESDIENST

AN DEN HOHEN JUEDISCHEN FEIERTAGEN

veranstaltet von der Association des Emigrés Israëls d'Allemagne en France.

RAUSCH HASCHONOH: So-ntag, den 9. September, abends, 10. und 11. September

JAUM KIPPUR: Montag, den 18. September, abends und Dienstag, den 19. September.

Wagram-Saal

39, Avenue de Wagram (Métro: Étoile und Ternes)

Deutsches Ritual mit Orgel, unter Mitwirkung von Mitgliedern des Orchesters „Philharmonia“

Dirigent Kapellmeister Lohé.

Deutsche Predigt an allen Festtagen

Eintrittskarten von 10 bis 50 Frs. (täglich Steuer) sind zu haben wochentags vormittags von 11-12 Uhr, an Sonntagen von 5-6 Uhr, Sonntag vormittags von 11-12 Uhr bei Martin Dörmel, 78, rue Blomet, Paris 15e. Dr. Theodor Tschauer, 3 rue Georges-Courtois, Clichy sur Seine

Studio Parnasse

Demnächst erscheint ein neuer Film von Karl Feilich

„Reifende Jugend“ (Jeunesse Boalverses)

Dieser Filmwerk hat in der ganzen Kinowelt auf Grund seines behandelnden Themas und durch das ungewöhnliche Spiel von Hertha Tiele, Helmut George und C. Livens, geradezu eine Revolution hervorgerufen. Dieser Film ist hinsichtlich seines Erfolgs, dem Film „Mädchen in Uniform“ ebenbürtig. Er wird in der Originalversion gezeigt werden mit französischen Untertiteln.

Berühmte Heilseherin

Mme Maria ZENI

Dr. ès-sciences occultes

Astrologie, Chiromancie, Cartomancie, Psychoanalyse

spricht geläufig deutsch

62, rue de la Rochefoucauld (l. Höl, Tr. C, 2. Stock rechts)

Täglich 2-7 Uhr außer Donnerstags — Métro: Pigalle

Chirurg.-Mediz. Klinik Dr. Ettinger

168ter Avenue de Neuilly, NEUILLY-sur-Seine. Tel.: Maillot 95-50. — Ständige Betten.

Dauernde ärztliche Tage- und Nachtdienst Konsultation erster Professoren — Stationskrankte pro Tag ab 50 Fr. Entbindungen, Gewissenhafte Behandlung, täglicher Kunst, Kabinett für X- und ultraviolette Strahlen, Lichtbäder, Teilweise und ganze Ernterungskur, — Hochfrequenz, Diathermie.

Persönliche oder schriftliche Auskünfte auf Wunsch

Internationales Aerztliches Bulletin

Zentralorgan der Internat. Vereinigung sozialistischer Ärzte

Das I. A. B. brachte u. a. folgende Beiträge:

Der Appell von Prof. Sauerbruch und unsere Antwort

Liste von gemäßigten Professoren der Medizin

Dr. Nevekloufova: Zum Bonnhoeffer-Gutachten im Fall Lubbe

Dr. Viktor Haas: Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung im Bergbau

Dr. Arnold Holtscher: Wien

Dr. Theodor Gruschka: Die Medizin der Primitiven Die Vivisektion des Proletariats

Dr. Emil Franzel-Prag: Die geistigen Arbeiter und der Kampf gegen den Faschismus

Dr. Gertrud Lukas: Kritische Gedanken zur Sterilisationsfrage

Dr. Béla Totis-Budapest: Rassenreine Sterne An die geistigen Arbeiter aller Länder!

Dr. Silva: Soziale Lage und Aerzteschaft im neuen Deutschland

Prof. Bronner-Moskau: Die Erfolge der Sowjetunion bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Dr. Bruno Waller: Kampf gegen den Krieg!

Dr. Ed. Koedlin-Basel: Gedanken zur Ausgestaltung der Krankenfürsorge in der Schweiz

Dr. Leslie J. Harris-Cambridge: Ernährungsfragen

Prof. Jul. Tandler: Chinesische Spitzler

Dr. Karl Evang-Oslo: Rassenhygiene und Sozialismus

Dr. Ferenc Jahn-Budapest: Faschismus u. Sozialpolitik

Dr. Paulette Bruppacher-Zürich: Die Prophylaxe in der Sowjet-Medizin

Preis der Nummer: CSH, eine Heft 3.-, sechs Heft 15.-; France Frs 7.-50, per an Frs 25.- et fra de port; England sh 0.75, yearly sh 7.50 plus postage; Polska Zl. 0.75, roczne Zl. 7.50; Schweiz Frs 0.60, jährlich Frs 6.-; Dänemark K 0.70, jährlich K 7.- u. w

Redaktion et administration: Praha XII., Cislavská 15

Schweizerisches und deutsches Wurstwarengeschäft

Kochbuchkarell, Konditor, Wurst und Likör

Produits Schmid

78, Boulevard de Strasbourg, 4, rue St. Laurent

Paris, bei Bar de l'Est

Téléphon 4 Lignes versant au 8072815 01-12

Lesen Sie die

Deutsche Freiheit

Einzigste unabhängige Tageszeitung Deutschlands

SOEBEN ERSCHIEN:

L. HEINZ

Der Antichrist

FRANK 1,50

Buchhandlung „Volksstimme“

SAARBRÜCKEN 3 : BAHNHOFSTRASSE 32

NEUNKIRCHEN : HUTTENBERGSTRASSE 41